

NIEDERSCHRIFT

Gremium	Bildungsausschuss
Sitzung Nummer	20/2021-2026
Datum	12.03.2024
Sitzungsbeginn	15:00
Sitzungsende	17:21
Ort	Kreistagssitzungssaal, Karl-Kellner-Ring 51, 35576 Wetzlar

TeilnehmendeVorsitz:

Boch, Dunja

Mitglieder:

Ahrens-Dietz, Heike

Berns, Wolfgang

vertritt Herr Dr. Matthias Bürger

Böcher, Jan Moritz

Brockhoff, Sebastian

Engel, Jürgen

Green, Emely

Hundertmark, Michael

Müller, Armin

Scholl, Stefan

Schumacher, Silke

Wagner, Willi

Wepler, Elke

vertritt Frau Michelle Breustedt

Ältestenrat:

Braun, Carsten

Dworschak, Reiner

Fuchs, Hans-Werner

Ludwig, Jörg

Niggemann, Andrea

Erster Kreisbeigeordneter:

Esch, Roland

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter:

Aurand, Stephan

Ehrenamtliche Kreisbeigeordnete:

Hugo, Klaus

Schriftführung:

Crass, Sandra

Von der Verwaltung waren anwesend:

Amelung, Sabine	Abteilungsleitung Rechtsabteilung
Chil, Julia	Fachdienstleitung Zentrales Controlling
Keßler, Tim	Leiter Stabstelle Sport, Kultur und Ehrenamt
Koob, Thomas	Abteilungsleitung Finanz- und Rechnungswesen
Nitsch, Stefan	Schulabteilung
Vetter, Simone	Abteilungsleitung Schulabteilung
Weber, Kerstin	Abteilungsleitung Bauabteilung Schulen

Entschuldigt fehlten:

Biermann, Andrea
Dr. Büger, Matthias
Breustedt, Michelle
Prof. Dr. Danne, Harald
Egler, Beatrix
Klement, Martina
Kunz, Cirsten
Petersen, Nicole
Schuster, Wolfgang
Sitte, Kevin
Volkmann, Johannes
Zborschil, Tim

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

TOP 1.

Haushaltssatzung des Lahn-Dill-Kreises für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 mit Haushaltsplan und Investitionsprogramm 2023 – 2027
(VL-11/2024)

TOP 2.

Ganztätig arbeitende Schulen: Weiterentwicklung von Schulen im Ganztagschulprogramm
2024/2025
(VL-13/2024-1)

TOP 3.

Neuaufnahme von Grundschulen in das Landesprogramm „Pakt für den Ganzttag“ Schuljahr
2024/2025
(VL-14/2024)

TOP 4.

Verschiedenes

Sitzungsverlauf

Die 20. Sitzung des Bildungsausschusses findet in der Kreisverwaltung Wetzlar statt. Vorsitzende Dunja Boch eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt sei und der Ausschuss beschlussfähig ist. Zum Protokoll der letzten Sitzung sowie zur Tagesordnung gibt es keine Änderungen oder Ergänzungen.

Öffentliche Sitzung

Zu TOP 1.

Haushaltssatzung des Lahn-Dill-Kreises für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 mit Haushaltsplan und Investitionsprogramm 2023 – 2027

VL-11/2024

Vorsitzende Boch beginnt mit TOP 1, dies sei bereits die Haushaltssatzung des Lahn-Dill-Kreises für die Haushaltsjahre 2024 und 2025. Es sei allen die Übersicht zugegangen die man heute beschließen bzw. beraten. Das sei für den Bildungsausschuss der Produktbereich eins, drei und vier.

Vorsitzende Boch fragt ob jemand Einwände oder Ergänzungen habe, auch zu anderen Produktbereichen. Es erfolgt keine Rückmeldung, so dass Vorsitzende Boch mit dem Punkt 1, der Ehrenamtsförderung, beginnt. Sie fragt in die Runde ob zu den Seiten 181 bis 182 Fragen vorhanden seien. Es werden keine Fragen gestellt, so dass Vorsitzende Boch zum Punkt 3 übergeht, den Schulträgeraufgaben. Auch hier fragt die Vorsitzende Boch, ob Fragen vorhanden seien.

Herr Brockhoff fragt nach um welche Seitenzahlen es hier ginge.

Vorsitzende Boch nennt die Seitenzahlen 272 bis 338. Sie fragt nochmals ob hier Fragen vorliegen und erteilt das Wort an Herrn Hundertmark.

Herr Hundertmark teilt mit, er habe Fragen ohne Ende, könne aber nur bedingt so schnell hinterher sein.

Vorsitzende Boch bittet darum ihr zu sagen, wenn man etwas länger bräuchte.

Herr Hundertmark habe zum Thema „Allgemein“ die Frage zu den Schulträgeraufgaben/ Bauen, ohne es an einer Seitenzahl festzumachen, aber es betreffe in etwa zu den Seiten 274 ff, zum Thema Management, Heizung, Stromverbrauch, Ölverbrauch, Pallets etc. Man habe in der Vergangenheit davon gesprochen, dass vielleicht die ein oder andere Schule durch Einsparungen, im Rahmen 50:50, die Einsparungen in Ihr Budget gespielt bekäme, so dass, der Schulträger als auch die Schule, von den möglichen Einsparungen, irgendwelche Erfolge auch für sich nutzen könnte. Dabei interessiere es ihn, ob es dazu vor dem Hintergrund dieser Zahlen, also sinkenden Ölkosten. Kohle habe man an dieser Stelle nicht, aber sinkende Gaskosten, dafür stiegen die Kosten für Pellets und andere Brennstoffe, ob es dazu irgendwelche Erkenntnisse gäbe. Er wolle wissen, ob das 50:50-Programm oder andere, Erfolg versprochen und dann auch Erfolg gebracht haben?

Erster Kreisbeigeordneter Esch teilt mit, dass man zu dem 50:50-Programm keine Beschlüsse vorliegen habe und man dies auch noch nicht mache. Was man aber tue, es sei seines Erachtens ein sehr intelligentes Energiemanagement, das man gemeinsam mit der Stabsstelle durchführe. Hierzu werde auf sehr absehbare Zeit ein Energiebericht erfolgen, ggfls. sei dieser auch schon fertig, aus dem man dann ersehen könne, wie sich die einzelnen Verbräuche und Dinge entwickelt hätten. Was man insgesamt tue, sei überall dort, wo man die Möglichkeit habe oder neu ausstatte, dass man prinzipiell versuche sich von den fossilen Brennstoffen zu trennen. Dort wo man nachrüste, sei das

aus wirtschaftlichen Gründen nicht immer möglich. Er würde dabei gerne auf den Energiebericht verweisen, weil dieser das eigentliche Instrument dazu sei.

Vorsitzende Boch fragt nach ob es weitere Fragen gäbe.

Herr Brockhoff fragt an welcher Stelle man jetzt genau sei, es ginge ihm jetzt zu schnell.

Vorsitzende Boch klärt auf, dass es um Allgemein ginge, keine exakte Seitenzahl genannt worden sei, es sei allgemein um die Energieversorgung gegangen.

Herr Brockhoff merkt an, dass er keine Reihenfolge zerstören wolle, er aber eine Frage zur Seite 287 habe, der besonderen Übersicht der Schulträgeraufgaben, welche man mit dem Ergänzungspaket nachgereicht bekommen habe. Dazu sei wohl am Vortag auch schon einmal bzgl. der Personalaufwendungen und der Steigerung nachgefragt worden.

Herr Hundertmark wirft ein, da er nicht mitlesen könne, ob es dies auch als digitale Version gäbe.

Herr Brockhoff bejaht dies, es sei nochmals ein Ergänzungspaket, man habe dies in Papierform und digital zugeschickt bekommen.

Vorsitzende Boch bietet an Herrn Hundertmarkt mit den Seiten auszuwählen.

Herr Hundertmark teilt mit er habe dies nicht.

Herr Brockhoff fährt weiter fort zur Seite 287. Es sei gestern bereits schon mal zu den Personalaufwendungen erläutert worden, dass das Bildungszentrum Pflege in diesem Bereich eingepflegt worden sei und er habe dies nachgerechnet. Wenn er das richtig sehe, gäbe es immer noch eine Kostensteigerung von 2,4 Mio. €, das Pflegezentrum würde knapp 1 Mio. € ausmachen. Er wolle wissen, wo der Restbetrag herkäme?

Vorsitzende Boch erteilt das Wort an den Hauptamtlichen Kreisbeigeordneten Aurand.

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Aurand begrüßt die Vorsitzende und die Anwesenden. Die von Herrn Brockhoff angesprochenen Seiten fände man detailliert auf den Seiten 304 und 305. Dazu hätte er gestern schon mal kurz erläutert. Das Bildungszentrum Pflege sei neu aufgenommen worden. Dies ergäbe sich aus der neunten Haushaltssystematik, das Bildungszentrum Pflege sei jetzt bei den Schulen integriert, dies sei neu. Daher käme es dort zu einer entsprechenden Steigerung der Personalaufwendungen, die vorher im Einzelplan 05 gewesen seien, im Produktbereich 05, sich jetzt aber hier wiederfinden würden. Dies seien für dieses Jahr bereits 780.000 € und für das kommende 1,06 Mio. €. Warum eine deutliche Steigerung von 2024 auf 2025? Auch dies könne er erklären, auch dies sei gestern gesagt worden. Einmal sei es durch die Tarifsteigerungen, es spiele hier aber auch eine Rolle, dass innerhalb des Bildungszentrum Pflege, früher Altenpflegeschule, sich verschiedene strukturelle Veränderungen ergeben haben. Diese strukturellen Veränderungen wirken sich hier vor allem auf eine Verbesserung des Personalschlüssels aus, mehr Personal für weniger Schülerinnen und Schüler, daher sei ein höherer Personaleinsatz hier für die frühere Altenpflegeschule, jetzt das Bildungszentrum Pflege, die Aufwendungen, die dann in den Personalkosten entsprechend eine Steigerung zeigen. Weitere Steigerungen könne er jetzt nicht erklären, dies sei aber der Löwenanteil der Steigerungen des gesamten Bereichs.

Erster Kreisbeigeordneter Esch ergänzt, man habe auf dem gesamten Gebiet der Personalaufwendungen eine Steigerung im Wesentlichen zu zwei ganz großen Aufgaben. Dazu bittet er Frau Vetter gleich noch etwas mehr darauf einzugehen. Das eine sei die medientechnische Ausstattung der Digitalisierung, das andere der DigitalPakt. Mit anderen Worten dies sei auch ein Pakt, nämlich der Pakt für den Nachmittag. Die Verwaltung habe im Vorfeld dieses Haushaltes um

es personaltechnisch darzustellen zu können, alle Stellen gemeldet, die für notwendig erachtet seien. Davon fände sich hier gar nicht mehr so viel, weil es hier nicht möglich sei alle darzustellen, obgleich, diese für die Durchführung aller Aufgaben durchaus notwendig seien. Man habe einen Mittelweg finden müssen, auch dazu was noch verantwortet werden könne und was noch genehmigungsfähig sei. Er bittet Frau Vetter noch etwas zu der Frage der Personalkosten zu sagen.

Frau Vetter antwortet, dass es hier um die Personalaufwendungen der beruflichen Schulen ginge. Hier fänden sich, neben dem Bildungszentrum Pflege und den Kostensteigerungen in im Haushalt der Sekretärinnen und unter anderem auch ein kleiner Zusatz, den man über die „Starke Heimat“ finanziert habe. Insgesamt kämen, zumindest aus dem eigenen Bereich, für die fünf beruflichen Schulen, 96 Stunden dazu. Sie habe es gerade nicht genau ausgerechnet, aber mit den Steigerungen bei allem, seien dies auch Kosten die mit zusammenfließen würden. Sie hält Rückfrage mit Frau Weber, ob diese noch etwas zu den Hausmeistern sagen könne, dies seien aber nur eine Kleinigkeit. Es sei etwas mehr Aufwand, man käme in 2024, wenn man das Bildungszentrum runterrechne, auf einen Restbetrag von ca. 300.000 €. Dies würden die genannten 96 Stunden auch nicht wettmachen, sei aber das, was man aus dem eigenen Bereich momentan sagen könne. Zum DigitalPakt, den Herr Esch angedeutet habe, würden die Sachen eigentlich zentral an der Stelle erledigt werden. Die Schulen würden aus eigenen Reihen, inzwischen auch sehr gut, mit Support betreut werden. Diese Kosten seien hier aber nicht mit aufgeplant.

Herr Hundertmark fragt in diesem Zusammenhang, weil das Stichwort „Starke Heimat“ und auch „Schulsekretariate“ gefallen sei, es geplant sei ein Vollzeitäquivalent Regionalmanager Schulsekretariate zu etablieren. Was sich genau dahinter verbergen würde?

Frau Vetter antwortet, man habe seinerzeit eine Arbeitsgruppe mit dem Staatlichen Schulamt und auch den Schulleitungen geführt um rauszufinden, wie man die Mittel aus „Starke Heimat“ wohl verwenden könne. Es sei sich damals hauptsächlich dafür ausgesprochen worden, diese möglichst in die Aufstockung der Sekretariatskräfte zu stecken, da dort große Engpässe gesehen werden. Mittlerweile habe man im Laufe der Entwicklung, auch durch den Kontakt mit den anderen Schulträgern, um zu sehen wie man dies dort umgesetzt habe, für sich daraus gefunden, dass es sinnvoll sei, bei über hundert Schulsekretärinnen in der Summe, auch einmal ein bisschen genauer hinzuschauen, wie diese aufgestellt seien, was zu Standards und zu Qualität vielleicht dort noch an Unterstützung nötig sei. Dies habe sich bei anderen Schulträgern sehr bewährt und man habe daher beschlossen mit den Mitteln aus „Starke Heimat“ eine Regionalmanagerin/ einen Regionalmanager einzusetzen, die/ der im Prinzip genauer hinschaue und die Schulen, die Schulsekretärinnen in der ganzen Weise ihrer Aufgabenerfüllung unterstützen solle. Man müsse dazu aber sagen, dass dies auch ein ziemlich großes Aufgabengebiet sei, dass in der Zentrale sehr aufwendig sei. Es seien inzwischen an „Starke Heimat“-Stellen über 80 Vollzeitäquivalente über alle Schulen gerechnet, an Schulsekretärinnen/ Schulsekretariaten. Auch hier sei ein Fachkräftemangel zu spüren. Man habe, zusammen mit der Personalabteilung, ganz viele Auswahlverfahren, die natürlich auch sehr aufwendig seien. Man habe dort im Prinzip, neben der Fachdienstleitung, die das von Oben steuere, im Fachdienst 34.1 Schulservice nur eine einzige Kraft, die hier den Einsatzplan, den Vertretungsplan und alles andere für die Schulsekretärinnen unterstützend steuere. Diese sei stark in der Überlast, so dass man auch an dieser Stelle nochmals ansetzen wolle. Es sei teilweise vorgesehen direkt in der Schule bzw. für die Schule zu helfen, sie zu unterstützen oder an manchen Stellen effektiver zu werden. Auch Organisationsunterstützung, welche Kraft brauche welche Fortbildung. Die Sekretariate sollen eben etwas stärker betreuet werden. Auf der anderen Seite solle auch die Organisation innerhalb unserer Verwaltung gut organisiert werden, sodass man schnelle Vertretungen regeln könne, noch effizienter ausschreiben könne und solche Dinge, dass dies eben alles gut gehändelt werden könne. Man könne sich manchmal keine Vorstellung davonmachen, was da alles so dahinterstehe.

Herr Wagner fragt, ob man ungefähr sagen könne wieviel mehr an neuen Stellen in dem Bereich geschaffen werden würden?

Frau Vetter antwortet, man habe aktuell 77,5 Vollzeitäquivalente in einem eigenen Stellenplan für die Schulsekretariate und weitere vier im zentralen Stellenplan habe. Diese Stellenanteile seien einfach noch nicht verteilt, da die Ausschreibung noch erfolgen. Im Prinzip seien es insgesamt 81,5 VZÄ und man plane jetzt eben diesen einen unterstützenden Regionalmanager bzw. Regionalmanagerin im Umfang von einer Stelle, aber erst ab 2025. Diese/r Regionalmanager/Regionalmanagerin sei komplett aus der „Starke Heimat“ finanziert, es seien im Prinzip Drittmittel die hier zum Tragen kämen. Man bekäme jährlich aus der „Starken Heimat“ Mittel in einen Umfang von drei bis vier Stellen. Diese würden im Stellenplan nur sehr moderat nach Bedarf aufgebaut werden. Die Mittel müssten sich sukzessive auch im Stellenplan wiederfinden, man müsse sie moderat aufbauen.

Herr Hundertmark stellt eine Anschlussfrage. Er versuche nur das herauszufiltern, was er auch gehört habe: Es werde zu 100% aus Mitteln der „Starken Heimat“ finanziert, die Regionalmanager/in säße hier im Haus und er sage direkt, für die Arbeit in den Schulsekretariaten helfe sie nicht, binde aber die entsprechenden Mittel. Man hätte auch irgendwie eine Vollzeitäquivalenz für die Arbeit in den Schulsekretariaten schaffen können. Sie werde also benutzt um Overhead-Backoffice zu machen.

Frau Vetter antwortet, die Finanzierung zu 100% aus Mittel der „Starken Heimat“, sei korrekt. Sie solle ganz konkret in den Schulsekretariaten unterstützen und nicht nur im eigenen Haus sitzen, solle aber natürlich auch die Organisation im Hause unterstützen, aber auch bei Engpässen als Springer in die Schulsekretariate eingesetzt werden - dies sei nochmals ein Puffer.

Vorsitzende Boch fragt an, ob es hierzu oder zu den folgenden Seiten weitere Fragen gäbe und gibt das Wort wieder an Herrn Hundertmark.

Herr Hundertmark teilt mit, dass er jetzt auf der Seite 340 sei, da ginge es um die Musikschulen, oder ob noch jemand vorher eine Frage habe. Er fragt ob jemand kurz umreißen könne, wie man die Ausgaben um knapp 50% geseigerte habe? Wofür das alles vorgesehen werde, von 324.000 € auf 450.000 € in diesem Jahr und fortfolgende.

Erster Kreisbeigeordneter Esch teilt mit, man habe die Musikschulen mit einem Kooperationsvertrag zusammengelegt. Man habe dazu bestimmte Kosten zugrunde gelegt und habe im vergangenen Jahr schon gemerkt, man teile sich diese nach einem gewissen Schlüssel zusammen mit der Stadt Wetzlar auf, dass diese Kostenerstattung bei Weitem nicht ausreichen. Gleichzeitig sollen für die Musikschulen gleiche Bedingungen gelten. Nun sei es so, dass man in diesem Konstrukt, was man dort habe, drei Akteure sei. Man habe auf der einen Seite die Musikschule als Verein und zwei Zahlungsträger, das sei die Stadt Wetzlar und das sei man selbst, der Lahn-Dill-Kreis. Der Verein habe sich „auf die Fahne geschrieben“ viele, viel weiter zu expandieren und größer zu werden, besonders wolle er sich personell entwickeln, sich dem Tarifvertrag einordnen usw. Damit hätten sich wahnsinnige Zahlen gebildet, was dies kosten würde. Es sei so, dass die Gremien des Kreises, als auch die Gremien der Stadt Wetzlar, die diesem auch zustimmen müssten, diesem auch zustimmen können müssen. Das bedeute, es sei nicht nach oben offen wie die Richtskala, sondern es müsse auch irgendwo „in den Sack gehen“. Dies alles vorausgesetzt, habe man gemeinsam, mit gemeinsam seien auch die Damen und Herren der Stadt Wetzlar gemeint, man ziehe gemeinsam an einem Strick in dieselbe Richtung. Gegenüber der Musikschule habe man gegenüber hingewirkt, sie müsse einen ausgeglichenen Haushalt haben. Nun seien aber in vielen Bereichen die Kosten einfach gestiegen, dies sei auch nachvollziehbar und sie würden auch nochmals steigen, wenn man später mal in die Domhöfe ziehe. Man habe inzwischen ausgehandelt, dass man den Zuschuss des vergangenen Jahres in beiden Gebietskörperschaften noch draufrechne.

Man habe eine Rechnungsposition, die seit dem Kooperationsvertrag streitig sei. Dies sei das Einbehalten von 98.000,00 € des Kreises als Overhead-Kosten für die Musikschule zu Gunsten der Volkshochschule. Dies habe die Stadt Wetzlar bemängelt. Schlussendlich habe man sich in der Mitte geeinigt, dies solle nicht der Punkt sein, der auseinanderreiben würde. Man habe dies dann in eine Rechnung zusammengegeben. Wie bereits gesagt, wenn die Musikschule dann in die Domhölle komme würde es teurer werden und die ganze Gemengelage an sich gäbe genau dies, was man hier habe. Wenn man einzelne Zahlen habe wolle, man habe dazu Frau Amelung eingeladen, dann könne man diese aufschlüsseln. Man sei aber gerade dabei dies so zu gestalten, dass es noch finanzierbar sei und von der Stadt Wetzlar und dem Lahn-Dill-Kreis getragen werden könne, dies sei dann das untere Ende der Fahnenstange. Herr Erster Kreisbeigeordneter Esch übergibt das Wort an Frau Amelung.

Frau Amelung wendet ein, dass die 450.000,00 € auch 100.000,00 € für die Volkshochschule beinhalten würden. Es seien daher nur etwa 350.000,00 €, die an die Musikschule gegeben würden.

Erster Kreisbeigeordneter Esch informiert, es gäbe eine Änderungsliste und meine es würde höher werden.

Frau Amelung antwortet es seien ursprünglich mal 225.000 € gewesen und es seien schon 125.000 € im Haushalt eingeplant und jetzt kämen noch 43.000 € dazu, das sei dann diese Summe es seien 98.000 € für die VHS dabei, in diesen 448.000 €.

Erster Kreisbeigeordneter Esch stimmt Frau Amelung zu.

Herr Hundertmark merkt an, man habe hier zwei verschiedene Produktnummern zu Volkshochschule und Musikschule und fragt ob diese dann miteinander verwoben seine, da Overhead-Kosten. Oder warum seien diese 100.000 € nicht bei der VHS, sondern bei der Musikschule im Haushaltsplan verortet.

Erster Kreisbeigeordneter Esch antwortet, man habe ein Konto 7125000, das sei die VHS, dort seien 98.946 € und man habe das Konto 7128000 „Zuschuss für laufende Zwecke an übrige Bereiche“ das sei die Musikschule mit 250.000 €. Man werde jetzt zusehen, aufgrund der Einigung die erzielt worden sei und der Änderungsliste, dies auf das Konto 7128000 „Zuschuss Musikschule“ um das Ganze auf 393.000 € zu erhöhen, dann werde es der Gesamtbetrag der dort in Höhe von 491.946 € stehe sein.

Vorsitzende Boch fragt nach ob die Frage so hinreichend erklärt sei.

Herr Hundertmark fragt noch an, ob hiermit ausschließlich die Musikschule betroffen sei.

Erster Kreisbeigeordneter Esch verneint dies und erklärt, dass von den 491.946 € der Betrag in Höhe von 98.946 € für verbundene Unternehmen, hier VHS dabei, der Rest sei dann für die Musikschule.

Herr Hundertmark stimmt diesem durch nicken zu.

[Anm. Abt. 34: zu PSP 1.04.01.01 = 448.946,00 € + 43.000,00 € Änderungsliste KA = 491.946,00 €]

Vorsitzende Boch stellt fest, dass der Punkt abgehandelt worden sei und fragt nochmals ob hierzu doch noch Fragen zu diesem Produktbereich bestünden. Sie gibt erneut das Wort an Herrn Hundertmark.

Herr Hundertmark weist für seine kommende Frage darauf hin, dass sich diese auf die Seiten 603 bis 669 beziehen, welche nur im weitesten Sinne mit Bauen zu tun haben. Auch hier habe er aber die ein oder andere Frage und möchte mit der Seite 616, mit der Grundschule Dillbrecht und deren Sporthalle, beginnen. Seine Frage sei wie groß der Bedarf sei und was dort gemacht werden, die Vorgabe sei 1,1 Mio. €.

Erster Kreisbeigeordneter übergibt zur detaillierteren Aussage das Wort an Frau Weber.

Frau Weber antwortet, die Sporthalle Dillbrecht sei eine der Dinge die man zu Gunsten des DigitalPakts geschoben habe. Dort liefen aktuell die Planungen und die ersten Ausschreibungen, es solle in den Sommerferien losgehen. Insbesondere das Dach und die Elektrotechnik müsse überarbeitet werden. Außerdem grenze man direkt an die ehemalige Feuerwehr, die Feuerwehr der Stadt Haiger sei dort ausgezogen, aber das Dorfgemeinschaftshaus sei noch direkt daran und es müsse daher noch eine saubere brandschutztechnische Trennung geben. Früher habe man eben alles in einem gebaut.

Herr Hundertmark teilt mit, Frau Weber hätte ihm ein gutes Stichwort gegeben. Projekte die geschoben worden seien, seien auch in Vergangenheit immer mit Haushaltsmitteln hinterlegt gewesen. Ob es eine Übersicht gäbe, welche Haushaltsmittel der Vergangenheit noch nicht verausgabt worden seien, jetzt als Restmittel übertragen werden und dann für die einzelnen Projekte genutzt werden könnten. Man müsse diese nicht nach Projekten im Detail aufschlüsseln, aber es mache einen Unterschied ob man vielleicht noch 150.000,00 € oder 15 Mio. € als Restmittel habe.

Frau Weber teilt mit, dass sie die Frage nicht verstanden habe.

Herr Hundertmark erklärt nochmals und fragt, wie viele aufgeplante Haushaltsmittel der vergangenen Haushaltspläne nicht verausgabt worden seien und könnten daher als Restmittel in den aktuellen Haushaltsplan übertragen werden (und müssen hier vielleicht nicht aufgeschrieben werden)?

Frau Weber die Mittel seien für die Projekte gebunden, dies bedeute, wenn man als Beispiel die Westerwaldschule nehme, man habe bereits gestern darüber gesprochen, die Mittel, die es im letzten Haushaltsjahr schon gegeben habe, aber man zu diesem Zeitpunkt noch nicht begonnen habe, dann habe man diese jetzt noch an der Westerwaldschule zur Verfügung. Man könne die Mittel nicht woanders zuordnen. Dillbrecht sei ein anderer Fall gewesen, da habe es einen Kreistagsbeschluss gegeben, dass man diese Mittel dort wegnehmen und für die nicht förderfähigen Kosten im Rahmen des DigitalPakts verwenden solle und damit Dillbrecht hintenansetzen wolle. Dies sei aber eine Ausnahme. I. d. R. laufe es aber so, dass man die Mittel zeitnah ausgabe. Es aber bis man einen Architekten gefunden habe, bis man ein Verfahren habe, gerade wenn Maßnahmen europaweit ausgeschrieben werden, es sich schon mal ins nächste Haushaltsjahr verschieben könne. Sie fragt bei Herrn Koob rück ob er die genauen Zahlen habe.

Herr Koob antwortet, dass diese Frage der Übertragung regelmäßig mit dem Budgetabschluss beantwortet werde, dem Jahresabschluss. Dort fände man auch eine Liste, der zu übertragenen Haushaltsmitteln. Die Frage können man heute so gar nicht seriös beantworten, aber in jedem Fall im Jahresabschluss.

Herr Wagner fragt zu seinem besseren Verständnis nochmals nach, ob er es richtig verstanden habe, dass Sachmittel die für die Grundschule Dillbrecht eingesetzt hätten werden sollen, nun für Personal eingesetzt werden.

Frau Weber informiert, dass es sich hierbei um Investitionsmittel aus dem Investitionshaushalt der Grundschule Dillbrecht für die Turnhalle handele, diese seien im Rahmen des DigitalPakts eingesetzt worden. Nicht für Personal, sondern für Elektroarbeiten von nichtförderfähigen Maßnahmen. Beispielsweise seien das Sekretariat, das Schulleiterbüro und das Lehrerzimmer nicht im DigitalPakt enthalten, diese hätte man aussparen müssen. Da dies nicht sinnvoll gewesen sei, mussten Mittel woanders herkommen. So habe man sich dazu entschieden, die Mittel von Dillbrecht dafür zu verwenden. Es seien 700.000,00 € dort entnommen worden, die man dann ein Jahr später neu aufgeplant habe. Dies sei nicht für Personalaufwendungen, sondern auch für Investitionen innerhalb des DigitalPakts erfolgt.

Vorsitzende Boch fragt nach, ob damit die Frage geklärt sei und erteilt das Wort an Herrn Müller.

Herr Müller bedankt sich für die Worterteilung und fragt nach, dass auf der Seite 604 etwas von Holzmodulbauten stehe, zu denen im Gesamthaushalt eine Summe von 2,5 Mio. € stände. Er bittet um eine Darstellung, was man sich unter diesen Holzmodulbauten vorstellen müsse.

Frau Weber informiert, dass man schon drei dieser Holzmodulbauten gestellt habe. Dies seien im Prinzip Holzcontainer, die als Teilfertiggebäude angeliefert werden würden. Es seien Holzelemente die auf eine Betonplatte gestellt würden und dabei überall da helfen, wo man kurzfristig Platzbedarf habe, vor allem für den „Pakt für den Nachmittag“. Man verwende die Lösung dort, wo man im Voraus wisse, der Container stehe nicht nur für zwei Jahre, sondern fünf, sechs oder sieben Jahre. Diese seien theoretisch auch wieder mit Demontage umsetzbar und es sei möglich, diese wieder woanders aufstellen. Es seien nicht anderes als Holzcontainer. Es stünden bereits welche in Niederbiehl, Wissenbach und Waldgirmes. Sie hätten zum einen gutes Raumklima, anders als die Blechcontainer, sie seien auch optisch sehr ansprechend. Dies sei einfach eine Pufferposition, denn im Moment sei es einfach so, dass den Grundschulen die Türen eingerannt würden. Damit könne man relativ schnell reagieren, da diese innerhalb etwa sechs Wochen aufgebaut seien.

Herr Müller bestätigt, dass dies langfristig gesehen vernünftig, nachhaltig und einfach gut klänge. Er mochte die anderen Container auch nie wirklich und diese seien sicherlich viel schöner. Er habe aber noch eine Frage, er käme ja jetzt nicht mehr von der WvO und habe daher zu der Seite 639 die Frage: Dort stände bei den Erläuterungen der Baumaßnahmen zweimal der gleiche Text, dies könne er verstehen „drag and drop“, wenn nichts Neues zu sagen sei, seine Frage sei ob es zur WvO einen Plan gäbe, wann man dort fertig werde.

Frau Weber informiert darüber, dass es für die WvO einen Gesamtplan gäbe, wie es dort weitergehen solle. Der Altbau Nord sei fertig, die Abiturienten könnten dort ihr Abitur schreiben, dies sei so nach den Osterferien vorgesehen. Dann käme der Mittelbau dran. Danach müsse die Mensa mit Klassenräumen neu gebaut werden und als letztes würde dann noch der hintere Trakt abgerissen. Dies sei aber alles immer vorbehaltlich der Zustimmung der Gremien. Man dürfe, nach der HGO, exakt immer erst dann aufplanen, wenn man eine Kostenberechnung habe, so habe man es auch gestern bereits erläutert. Diese habe man dann, wenn man die Bauantragsplanung fertig habe, dann bekomme man die Kosten und könne auch erst dann die Mittel konkret einstellen. Man könne zwar in der mittelfristigen Planung sagen, man schätze mal das Ideal. Man habe eine Gesamtplanung, dies hänge aber auch von den finanziellen Möglichkeiten des Kreises ab, wie schnell dies umgesetzt werden könne. Man sei, wenn es gut laufe noch geschätzte acht bis zehn Jahre beschäftigt.

Herr Müller bedankt sich und wünscht viel Erfolg dabei.

Herr Scholl teilt mit, dass er eben nicht schnell genug gewesen sei, da seine Frage noch zur Seite 604 gehöre. Er fragt an wie die Stückkosten bei den Holzmodulbauteilen seien bzw. wie viele man mit den 2,5 Mio. € umsetzen könne?

Frau Weber antwortet, dass von den Modellen, die man bisher davon gebaut habe, etwa vier bis fünf Stück beschaffen könne. Das seien etwa zwei Klassenräume á 60 qm plus zwei Differenzierungsräume á 30 qm, etwas Flur sei dabei und man bräuchte noch einen Technikraum. Dies sei bisher meistens auch so umgesetzt worden. Es wäre, wie auch schon in den letzten Jahren, immer mit einer Wärmepumpe gebaut worden. Man benötige dann einfach einen Anschlussraum. Im Moment prüfe man, ob man dies verdoppeln könne, also zweigeschossig. Dann benötige man aber zwei Treppenhäuser, dies mache es vermutlich unrentabel. Man sei aber noch am überlegen, wie man es noch optimieren könne. Die bisherigen seien so in der Größenordnung gewesen. Sie meine in Wissenbach wären es so etwa 600.000,00 € gewesen, bis alles fertig sei. Mit Bodenplatte, Blitzschutz mit allem darum und daran, dies müsse man so in etwa rechnen.

Vorsitzende Boch fragt in die Runde, ob die Frage damit soweit beantwortet sei und gibt das Wort an Herrn Hundertmark.

Herr Hundertmark teilt mit, dass er nochmals auf die Aussage von Herrn Koob eingehen möchte und den Jahresabschluss aus dem er das entnehmen könne. Wann könne er den Jahresabschluss für das vergangene Jahr erwarten und wie schnell wisse man als Verwaltung bzw. wie schnell wissen die einzelnen Dezernate und Dezernenten wie viel Geld da noch übrig sei, um dies zu verausgaben. Man könne ja nicht ewig schieben, sondern man müsse es ja auch irgendwann verwenden. Ihn interessiere die Zeitschiene bis man das übertragene Geld nutzen könne.

Herr Koob erläutert, dass, wenn die Verwaltung eine konkrete Anfrage zu einer bestimmten Schule habe, man dies nachsehen, besprechen und entsprechend umbuchen könne, damit die Mittel verfügbar seien. Ansonsten sei, wie bereits gesagt, der Jahresabschluss so bis ca. Anfang Mai fertiggestellt. Ob dies dieses Jahr aus so funktioniere, da müsse man noch ein kleines Fragezeichen machen. Dies sei aber im Prinzip der Ablauf.

Herr Hundertmark teilt mit, dass er nun auf Seite zwei von sechs Seiten seiner Mittschriften sei, er habe also noch das ein oder andere, er aber vielleicht den ein oder anderen Teil überspringen werde. Seine nächste Frage betreffe die Seite 623, hier gehe es um den Erweiterungsbau der Philipp-Schubert-Schule, dort seien in Summe 1,2 Mio. € vorgesehen. Die Philipp-Schubert-Schule sei noch nicht allzulange so hergestellt worden, wie sie jetzt dort stehe. Warum sei nun ein Erweiterungsbau notwendig? Er meine sich erinnern zu können, dass die CDU schon viele Jahre zurückliegend gesagt habe „Man baue das Haus dort zu klein.“ Und nun seien Gelder in nicht unerheblicher Höhe für einen Erweiterungsbau eingestellt worden. Wie könne dies mit dem relativ neu gebauten Haus zusammenpassen, welches ausreichend groß sein sollte?

Erster Kreisbeigeordneter Esch antwortet darauf, dass man einen Raumbedarf habe und übergibt für eine detaillierte Antwort das Wort an Frau Weber.

Frau Weber erläutert, dass es tatsächlich so sei, dass man sogar mal überlegt habe, ob man die Schule brauche, auch schon zu ihrer Zeit. Man habe sie dann als dreizügige Schule gebaut, das seien 12 Klassenräume, man nutze bereits die Räumlichkeiten unter der Turnhalle, die ursprünglich mal zur Schule für Erziehungshilfe gehörten. Dort wurde dann die Betreuung zum „Pakt für den Nachmittag“ und ein paar Fachräume untergebracht. Man habe in Hermannstein auf dem verkauften Grundstück nun ein Neubaugebiet, dies sei ein weiteres Neubaugebiet und man habe nun auch dadurch erheblich mehr Kinder. Man benötige bereits zum nächsten Schuljahr zwei weitere Klassenräume, die man aktuell nicht mehr habe und es werde wirklich bereits alles ausgenutzt. Es käme dann jedes Jahr noch ein Raum dazu, da die Schule auf eine Vierzügigkeit hinauslaufe. Daher wird der Ersatzanbau mit den Räumen benötigt. Dieser sei ähnlich wie ein Holzmodulbau geplant gewesen. Da es aber vier Klassenräume seien und das Grundstück nicht mehr so viel Platz hergebe, könne man dort keinen Modulbau hinstellen, sondern man müsse auf

herkömmliche Weise vier Klassenräume bauen, mit einem Außenbereich. Dies sei der ehemalige Schulgarten gewesen wo dies vorgesehen sei. Es sei nicht nur in Hermannstein so, sondern aktuell an allen Grundschulen. Sie sei gerade ein paar Tage nicht da gewesen und habe nun schon wieder von drei Grundschulen gehört, dass diese im nächsten Jahr mehr Raum benötigen. Es seien auch nicht nur Klassenräume die benötigt werden, der „Pakt für den Nachmittag“ benötig Platz, wie auch Vorklassen, Intensivklassen und Familienklassen, gerade an Grundschulen. Man sei bis zum zweiten Halbjahr dabei einen Bericht zu erstellen, in dem dargelegt werden soll, wie heute Grundschule funktioniere, wie Grundschule arbeite. Es seien eben nicht mehr Lehrerzimmer für nur vier Lehrer und eine Sekretärin und vier Klassen, sondern es sei viel mehr und daher käme einfach dieser Raumbedarf her. Dies ziehe sich tatsächlich an allen Grundschulen durch. Sie wisse auch nicht, wenn sie das mal so sagen dürfe, wie das mit einer Aussage der Bertelsmannstiftung zusammenpassen solle, die besage, in fünf Jahren habe man viel zu viele Grundschullehrer, es gäbe dann keine Kinder mehr. Man erlebe hier wirklich das komplette Gegenteil. Und wenn man sich für den Pakt entscheide, dann käme noch die gesetzliche Verpflichtung für Ganztagsbetreuung an Grundschulen ab 2026 dazu. Dafür muss einfach Platz da sein und dies ziehe sich auch hier bei der Haushaltsplanung komplett durch.

Erster Kreisbeigeordneter Esch ergänzt, man sei von der Philipp-Schubert-Schule zum allgemeinen Teil gekommen. Doch wer das Gelände kenne, man habe vor einigen Jahren, ob dies so glücklich gewesen sei wisse er nicht, den Platz verkauft, den man eigentlich später gebraucht hätte - so sei es eben. Damals sei das Geld benötigt worden, dies müsse man auch einmal zur Ehrenrettung des Kreises anmerken. Die Stadt Wetzlar wollte es gerne haben, so habe man dort kooperiert, so dass man sich nun mit einem erhöhten Raumbedarf wiederfände und kein Bauplatz mehr habe. Man habe eine ganze Reihe von Gesprächen geführt. Es habe eine ganze Reihe von Eingaben gegeben, ob von Eltern, von Elternvertretungen, von Schulleitungen, von Sonstigen, die sich alle einig gewesen seien. Nun habe man den Salat, da ließe sich nun nichts mehr machen. Man habe gemeinsam mit der Schulleitung und insbesondere unserer Bauabteilung Schulen ein relativ geniales Konstrukt dahingelegt, wie man auf nahezu keinem Platz diese Klassenräume noch hinbekommen könne. Die sei echt genial, das habe man ganz super gemacht und davon sei auch die Schulleitung und auch alle anderen sehr, sehr angetan. Man freue sich darauf, wenn es käme. Es erkläre vielleicht auch den Umstand, dass zumindest während seiner Amtszeit hier, man nahezu keinen Quadratmeter Schulfläche irgendwo verkauft habe. Es werde alles noch gebraucht werden, man solle es abwarten. Da seien er und Herr Hundertmark gedanklich nicht arg weit auseinander, glaube er.

Herr Hundertmark leitet zu der Seite 631 über. Dort seien 950.000 € für Planungskosten und Sanierung der Comeniusschule eingestellt. Es interessiere ihn zum einen, was genau geplant werden und wenn man eine Planung für eine Sanierung anstelle, dann ginge er eigentlich auch davon aus, dass auch in den Folgejahren etwas umgesetzt werde. Allerdings seien für die Folgejahre null Ansätze vorhanden. Wie dies zusammenkäme? Plane man für die Schublade oder hoffe man das die Haushaltssituation in den kommenden Jahren dann besser aussehen werde.

Erster Kreisbeigeordneter Esch erläutert, dass man bestimmt nicht für die Schublade plane und übergibt das Wort an Frau Weber.

Frau Weber antwortet, dass man natürlich nicht für die Schublade plane, sondern das Problem der Bauabteilung sei folgendes, sie nenne es mal Problem. Was sie auch vorhin schon einmal angedeutet habe, dass man erst Mittel in den Haushalt aufplanen dürfe, außer Planungskosten, wenn man die Kostenberechnung vorliegen habe. Im Beispiel Comeniusschule, gehe es um die Sanierung des Verwaltungsgebäudes, dies sei Undicht und energetisch nicht mehr in Ordnung. Wenn die 950.000,00 € bewilligt seien, werde ein europaweites Ausschreibungsverfahren folgen um Planer zu finden. Dabei ginge erstmal das erste halbe Jahr flöten. Dieses Verfahren koste Geld und man müsse im Anschluss mindestens bis Leistungsphase vier einen Architekten beauftragen, das

bedeute bis Bauantragsplanung und damit bis zur Kostenberechnung. Ebenso müsse man den Heizungsinstallateur, den Elektroplaner, den Statiker für all diese Leistungsphasen beauftragen und dann habe man erst eine Kostenberechnung. Mit der Kostenberechnung könne man dann in den nächsten Haushalt planen. Das hieße, man bekäme automatisch bei Doppelhaushalten, oder auch bei Einzelhaushalten immer eine Lücke hinein. Man könne nach HGO auch nicht jetzt schon die über den Daumen gerechneten früheren Zahlen einplanen, da die Grundlage dazu fehlen würde. Man brauche in jedem Fall diese Kostenberechnung. Inzwischen werde es auch von der hauseigenen Revision und auch von der Finanzabteilung sehr strikt kontrolliert.

Man könne aktuell noch nicht sagen was die Sanierung der Comeniusschule kosten werden. Man habe mit einer Kostenschätzung etwa 3,7 Mio. € ermittelt, es sei aber noch keine Kostenrechnung erstellt, das reiche für die Aufplanung nicht aus. So kämen es dann, wenn wie für Manderbach etwa 900.000 € im Haushalt stehen. Dies reiche nicht für eine Turnhalle. Dass man die Planungskosten relativ großzügig aufplane, läge daran, dass man dann nach Genehmigung direkt den Bauantrag losschießen könne.

Herr Müller teilt mit, dass für die Fritz-Philippi-Schule fast 4,5 Mio. € eingestellt seien und bittet um eine kurze Erläuterung, was dazu der Plan an der Schule sei.

Frau Weber erläutert, dass an der Fritz-Philippi-Schule, man kenne vielleicht den Verwaltungstrakt, das sei ein eingeschossiger Trakt und die Aula, diese seien beide von der Standsicherheit nicht mehr in Ordnung. In der Aule stände schon seit Jahren eine Stütze dazwischen, so dass man sie weitgehendst benutzen konnte. Auch in der Verwaltung seien in der Vergangenheit Risse ausgetreten, die zwar nicht zum Einsturz führen, sie aber eben da seien. Man wolle diesen eingeschossigen Trakt abreißen und zweigeschossig neu bauen. Im Obergeschoß sei dann die Verwaltung und im Untergeschoß sei dann wieder eine Aula bzw. ein Mehrzweckraum mit Essensversorgung geplant.

Herr Müller bedankt sich für die Ausführungen.

Herr Hundertmark fragt, ebenfalls zur Fritz-Philippi-Schule, ob dort die Planungen abgeschlossen seien, denn es seien für die Folgejahre entsprechende Haushaltsmittel eingestellt oder sei dort die eben getätigte Aussage irgendwie umgangen worden? Gleiche Seite, da seien Mittel eingestellt bis 2027 und obendrüber plane man nur, habe aber keine Folgemittel haushälterisch vorgesehen. Er würde wenigstens eine Verpflichtungserklärung in Ansatz bringen, um zu sehen, ob das was man geplant habe dann auch wirklich umsetzen können. Er habe das Prinzip noch nicht ganz verstanden. Er könne wohl verstehen was Frau Weber erklärt habe, finde es hier aber nicht stringent abgebildet wieder.

Frau Weber antwortet, in der Fritz-Philippi-Schule seien die Planungen deutlich weiter gereift gewesen als man die Haushaltsplanung hatte. Es wäre die Raumplanung genau klar gewesen, was man baue, wie man baue und die Quadratmeter wären klar gewesen, so dass man hier einfach einen Schritt weiter sei als im Vergleich mit der Comeniusschule. Es ginge einfach darum, ob man zur Haushaltsplanung eine Kostenberechnung vorlegen könne oder eben nicht.

Herr Hundertmark erklärt zu den Seiten 632 und 633 seien für die grundhaften Sanierung der Johann-von-Nassau-Schule in Summe fast 17 Mio. € aufgeplant. Da beispielsweise das Ergebnis des Jahresabschlusses 2022 nicht im Haushaltsplan stehe, wisse er gar nicht wie weit man hier fortgeschritten sei. Hier käme daher wieder seine Frage von eben zu den im Jahresabschluss übertragenen Mittel zum Tragen. In 2022 wären 2 Mio. € aufgeplant gewesen. Wie viel davon stecke schon in der Johann-von-Nassau-Schule? Oder habe man auch hier die Vorplanung für die Architektenleistung, Ausweichflächen für Container usw. vorfinanziert bzw. habe man das Vorhaben dies insgesamt anzuschieben?

Frau Weber informiert darüber, dass sie am heutigen Tage einen Termin mit dem Architekten gehabt habe und die Planungen vom Gesamtkonzept gesehen abgeschlossen seien. Man habe noch ein paar offene Punkte mit dem Denkmalschutz und der Bauantrag sei eingereicht. Erste vorbereitende Arbeiten sollen in den Sommerferien stattfinden, man bräuchte beispielsweise eine Trafostation um die Schule überhaupt digital anbinden zu können. Auch wenn man sie jetzt sanieren würde, reiche der Strom nicht. Dann werde es mit den nächsten Bauabschnitten losgehen. Sie habe bereits gestern berichtet, dass es vier oder fünf Bauabschnitte gäbe, man wolle mit dem Verwaltungsbereich und den Naturwissenschaften anfangen, um dann sukzessive weiter zu machen. Man sei soweit startklar. Gestern im Bauausschuss sei der Wunsch von seiner Fraktion aufgekommen, dass man sich die Schule mal anschauen wolle, um die Planungen vorzustellen, da es ja doch sehr viel Geld sei. Die Schule sei mit den verschiedenen Gebäuden sehr komplex, von der ehem. Hofgartenschule aus dem Jahre 1700 bis hin zur Turnhalle, die erst zehn Jahre alt sei. Man wolle schauen, wie alles zusammenhänge, da auch die Struktur der Schule sehr unüberschaubar sei. Man wolle die Planungen für die nächsten Jahre vorstellen. Wo werden die 17 Mio. € hingehen, was sei dafür vorgesehen. Auch die Architekten und auch der Bausachbearbeiter, der dies betreue, seien der Meinung man solle die Sitzung vor Ort durchführen, da man auf dem Papier gar nicht alles so zeigen könne, was dort so alles im Argen läge und wo es Probleme gäbe. Das Einzige was wirklich noch offen sei, sei der Denkmalschutz und dann könne man loslegen.

Herr Koob möchte noch einen Hinweis zur Planung geben. Wenn einmal eine solche Maßnahme angefangen sei, dann stünden solche Mittel auch bis zur Beendigung dieser Maßnahme zur Verfügung. Sie würden nicht verfallen, sondern man übertrage sie und nehme sie in das nächste Haushaltsjahr mit.

Herr Hundertmark teilt mit, wenn keiner mehr vorher sei, wäre er mit seiner nächsten Frage auf der Seite 637. Hier ginge es um das Johanneum bei dem das Gebäude 3 erweitert werden soll. Ob man auch hier wegen der großen Schülerzahlenentwicklung, dem Johanneum mehr Platz verschaffen wolle?

Frau Weber antwortet, es seien schon im letzten Haushaltsjahr Mittel freigegeben worden. Man habe dort auch eine Planung, von der man aber abrücke, da es deutlich teurer sei das Gebäude 3 zu erweitern. Diese Entwicklung sei aber noch brandneu. Die 3,2 Mio. € wären dabei nicht ausreichend gewesen, da diese ganzen Anbauarbeiten, die nötig seien sehr viel Geld verschlungen hätten. Man habe nun geprüft und wolle einen Ersatzbau nebenan als reinen Klassentrakt errichten. Dies solle auch in einer Holzmodulbauweise geschehen. Dies sei nicht ganz das richtige Wort, sie nenne es aber mal Holzbauweise mit vorgefertigten Elementen. Für die hier benötigten zwölf oder dreizehn Klassenräume käme man mit den 3 Mio. € voraussichtlich hin. Die Schülerzahlenentwicklung ziehe sich durch alle Jahrgangsstufen - auch die Oberstufe. In diesem Klassentrakt seien dann aber reine Klassenräume untergebracht, man benötige dort keine Fachräume, so dass es mit den 3 Mio. € klappen sollte.

Erster Kreisbeigeordneter Esch habe eine Ergänzung zum Johanneum. Man könne sich hier die Frage stellen, wie es dort eigentlich weitergehen solle, wie groß diese noch werden würden. Sein letzter Stand der Dinge sei, dass man sich in der Leitung des Johanneums und auch in der Lehrerschaft einig sei, dass die Grenze des Wachstums erreicht sei, weil dies auch pädagogisch sonst keinen Sinn mehr machen würde noch größer zu werden. Das Johanneum selbst wolle seinen Beitrag dazu leisten, dass die Schülerzahl nicht wahnsinnig weiter steige. Dies sei sein Stand der Dinge, wie dies dann zustande käme werde sich weisen. Seiner Meinung nach klang es sehr plausibel, auch wenn es keine ganz neue Erkenntnis sei.

Herr Scholl teilt mit, dass er gestern zufällig auch am Johanneum gewesen sei und fragt an, wo der Bau denn hinkommen solle, es sähe für den Laien dort alles sehr eng aus. Werde dazu irgendeine Nutzfläche weggenommen oder sei es ausschließlich auf freier Fläche geplant?

Frau Weber erläutert, dass auf dieser Fläche zwei oder drei Garagen ständen, die von den Hausmeistern genutzt werden, dafür müsse man einen anderen Platz finden. Es sei dieser nur sehr wenig genutzte Hügel. Zu den Schülerzahlen müsse man sagen, dass es irgendwann ein Ende haben müsse. Dieses Grundstück sei einfach nicht mehr erweiterbar. Aktuell ständen bereits Container auf der anderen Straßenseite auf einem Grundstück der Stadt Herborn, was man gepachtet habe. Natürlich werde es die Stadt Herborn auch irgendwann wieder zurückhaben wollen. Dies sei die wirklich letzte Erweiterungsfläche die man habe. Von der Idee über der Mensa nochmals aufzustocken halte man nichts. Die Schule sei davon aber ganz begeistert. Man habe ansonsten dort wirklich keine Möglichkeiten mehr und der Platz wo man nun bauen wolle sei ansonsten so gut wie ungenutzt.

Herr Hundertmark bedankt sich und teilt mit, dass er nun auf der Seite 638 weitermachen wolle. Es gehe um die Freiherr-vom-Stein-Schule hier in Wetzlar. Hier stehen für die Folgejahre je 250.000 € für den Anbau einer Aula. Wie genau könne er sich das vorstellen und ob es dazu schon Ideen gäbe, wo diese hinkäme? Mit den Erläuterungen auf der Folgeseite lese sich das besonders gut: Schule mit Schwerpunkt Musik. Für einen adäquaten Platz um musikalische und Theatervorführungen sowie andere kulturelle Veranstaltungen durchzuführen, sei es auf jeden Fall sinnvoll eine Aula zu bauen. Ihn interessiere dabei wo dies stattfinden soll?

Erster Kreisbeigeordneter Esch erklärt, man solle gedanklich in die Schule hineingehen und dann geradeaus bis hinten zu dem freien Platz gehe. Dort könne man links den Anbau und in ein Wäldchen reinsehen. Dieser hintere freie Platz habe die passende Größe und biete die Möglichkeit. Man sei mehrfach vor Ort gewesen um sich dies anzuschauen. Man dachte erst der Wunsch sei toll aber es würde faktisch nicht funktionieren. Nach genauerem ausmessen habe sich dann aber doch ergeben, dass es möglich sei. Es müsse aber immer vorausgesetzt sein, dass es auch alle wollen, denn es sei kein preisgünstiges Vorhaben, aber von der Begründung her sei es sehr schlüssig.

Herr Hundertmark stellt noch die Nachfrage, ob es deshalb als ein separates Gebäude geplant sei, was aus seiner Sicht sehr sinnvoll sei, da man es dann eben auch für eventuelle Abendveranstaltungen ohne den Rest des Gebäudes nutzen könne?

Erster Kreisbeigeordneter Esch stimmt dieser Aussage zu und weißt noch darauf hin, dass man nur die am Ende des anderen Traktes liegenden Toilettenanlagen ggfls. mitnutzen müsse. Ansonsten stimme er Herrn Hundertmark voll zu, dass ein separates Gebäude hier sinnvoll sei.

Herr Hundertmark teilt mit, dass er nun zu Seite 642 übergehe. Dort sei die große Überschrift das Parkhaus der Theodor-Heuss-Schule. Hierzu stünden für das letzte Jahr 2 Mio. €. Was sei damit passiert? Man habe doch kein Parkhaus gebaut. Habe man Anteile gekauft oder sei dies ein Mietzuschuss den man brauche um die kostenfreien Stellplätze zur Verfügung zu stellen? Oder nutze man die 2 Mio. €, dann als übertragene Mittel, in diesem Jahr für etwas Anderes?

Frau Weber erklärt, dass dies gestern schon die Frage gewesen sei. Dies sei der Baukostenzuschuss, der die Miete pro Stellplatz mindere. Sie meine es wäre im Nachtragshaushalt beinhaltet gewesen und sei vom Kreistag so beschlossen worden. Die Zahlung sei bereits erfolgt und die Parkplätze seien auch schon in der Nutzung.

Vorsitzende Boch bittet mit den Seiten 642 und folgenden weiter zu machen.

Herr Hundertmark erklärt, dass er hier einen Sprung zu der Seite 651 mit dem Thema Alexander-von-Humboldt-Schule und den dort angesetzten KIP-Mitteln machen wolle. Um es für ihn in Erinnerung zu rufen: Was mache man mit diesen KIP-Mitteln in Aßlar?

Frau Weber erläutert, die Alexander-von-Humboldt-Schule sei nun bis auf das Untergeschoss komplett durchsaniiert. Man kenne die Schule ja sicherlich. Man habe von der Aula her angefangen und dann, in vier Sektoren eingeteilt, die Klassenräume, dann als letztes den Verwaltungstrakt saniert und werde jetzt noch in das Kellergeschoss gehen, dies habe man zurückgestellt, da die Schule inzwischen was die Schülerzahlen angehe geschwächt habe. Dies habe sich aber komplett gewandelt. Man habe also auch im Kellerbereich, nicht nur wieder irgendwelche Nebenräume, sondern auch wieder Klassen- und Fachräume. Diese werden jetzt noch als letztes saniert werden. Die KIP-Mitteln seien eigentlich verausgabt, es sei nur ein Teil über KIP-Mitteln finanziert gewesen, dies sei jetzt aber der letzte Bauabschnitt für die Alexander-von-Humboldt-Schule.

Herr Hundertmark informiert, dass er noch auf der gleichen Seite sei nun aber zu der Carl-Kellner-Schule in Braunfels frage. Es erfolge in sehr unterschiedlichen Bauabschnitten eine Sanierung auf Raten. Man habe auch hier mitunter zwischendurch geschoben, so dass er jetzt gar nicht nach den ausgewiesenen Geldern frage, sondern nach der Zeitschiene, wann damit zu rechnen sei, wann die Sanierung in Gänze fertiggestellt sei?

Frau Weber antwortet, dass auch hier die letzten beiden Bauabschnitte anstehen. Man habe in den Sommerferien, in dem Bereich in dem die Musikräume waren, den Abbruch durchgeführt und man fange in den nächsten Tagen mit dem Rohbau für den ersten Bauabschnitt der Aula und Musikräume wieder an aufzubauen. Da dieser Bauabschnitt sehr umfangreich sei, werde er sicherlich bis Sommer 2025 andauern. Dann käme der letzte Bauabschnitt, das sei der vordere Riegel in dem die Verwaltung mit Lehrerzimmer und darunter die Pausenhalle sei. Man müsse hier nochmals anderthalb bis zwei weitere Jahre veranschlagen. Dann sei auch die Schule komplett durchsaniiert.

Vorsitzende Boch fragt in die Runde, ob noch jemand anderes als Herr Hundertmark Fragen habe. Es erfolgt keine andere Wortmeldung, sodass sie das Wort wieder an Herrn Hundertmark gibt.

Herr Hundertmark bedankt sich und leitet zum Thema Brandschutzsanierung an der Johannes-Gutenberg-Schule in Ehringshausen auf der Seite 652 weiter. In 2023 seien 1,3 Mio. € und für dieses Jahr 2,1 Mio. € sowie eine Umgestaltung der Außenanlagen für 650.000 € angesetzt. Bedeute dies, man wolle neben dem Brandschutz auch noch andere Maßnahmen durchführen und dies korreliere und es passe dann zeitlich gerade gut zusammen, oder seien es getrennt voneinander vorzunehmende Aktionen?

Frau Weber erläutert, dass auch die Johannes-Gutenberg-Schule in vielen, vielen Bauabschnitten saniert worden sei. Man habe nun die letzten beiden Bauabschnitte, dies seien das erste und zweite Obergeschoss gewesen, zusammengefasst und man läge dort mit der Sanierung in den letzten Zügen. Eigentlich sei die Fertigstellung in den Osterferien geplant gewesen, aber aufgrund von zwei Firmen, die einen massiven Strich durch die Rechnung gemacht hätten, werde sich die Fertigstellung nun bis in die Sommerferien ziehen. Dann sei die Sanierung der Gebäude erstmal abgeschlossen. Man könne sich aber nach acht Bauabschnitten sicherlich vorstellen, dass man nun an die Außenanlage – dem Schulhof - müsse, denn dort stünden aktuell noch 23 Klassenraumcontainer. Dies sei der nächste Schritt. Man habe mit dem Anbau der Aula schon ein kleines Stück des Schulhofes gemacht und müsse aber nun weiter an der Außenanlage arbeiten. Es werde sonst mit Unfallgefahren einhergehen, wenn man dies zurückbaue, es sei alles sehr stark beschädigt.

Herr Hundertmark leitet weiter auf die Seite 652 mit der Schwingbachschule in Hüttenberg. Diese sei in weiten Teilen saniert. Es stünden dort aber immer noch eine Etage aus. Ob dies dann der letzte Vollzug sei, der dort dann nicht nur Brandschutz bedeute, sondern auch eine Raumkonzeptveränderung?

Frau Weber erläutert, dass es sich hier um das zweite Obergeschoß handle, dass hier übriggeblieben sei. Man habe auch dies wegen stark zurückgegangener Schülerzahlen zurückgestellt. Allerdings habe sich auch dies wieder gewandelt, so dass man auch dort nach wie vor, ohne die Zahlen vom Übergang der Jahrgänge vier auf fünf gerade vorliegen zu haben, davon ausgehe, dass auch hier die Zahlen weiter steigen werden. Man benötige daher das Dachgeschoß. In diesem Dachgeschoß seien außer den Schächten für die Lüftung, die man benötige, nichts mehr gemacht worden, so dass dies nun dran sei. Dies sei dann auch der letzte Bauabschnitt. Die Schule wolle im ersten Obergeschoß Lernflächen schaffen, von denen die jetzige Schulleitung aber wieder absehe. Man wolle dies im Dachgeschoß nicht mehr umgesetzt haben, sondern lieber weitere Klassenräume. Man stelle überall fest, dass man diese Lernzonen doch lieber wieder als Klassenräume nutzen wolle, da man Aufsichtsprobleme oder ähnliches habe, man wisse es nicht, warum es nicht funktioniere. Auf jeden Fall blieben dort Klassenräume, da werde sich am Raumkonzept nicht viel ändern.

Herr Hundertmark erklärt, dass auf der Seite 653 die Lahntalschule aufgegriffen sei. Ihm es aber gar nicht um die Summen die dort angeführt seien gehe, sondern um das Thema „Fassade“. Wann denn genau die Fassade der Lahntalschule saniert werde, da diese seit 10 Jahren in weiten Teilen auf dem blanken Stein stehe? Wann diese wieder geschlossen werde?

Frau Weber meine, dass sie es eigentlich hätte wissen müssen, dass diese Frage gestellt werde. Man sei an der Planung für die Fassade dran. Man habe dies ausgeschrieben, es sei aber unerschwinglich gewesen, so dass man eine Umplanung angedacht habe. Sie teilt mit, dass Herr Schneider in den Ruhestand gehe, dieser sei noch bis Juni da und man daher gerade einen neuen Mitarbeiter einarbeite und man glaube, dass es dann zügig vorangehe. Man verspreche, dass sich dieses Jahr noch etwas tun werde.

Vorsitzende Boch merkt an, dass man die nächsten 16 Seiten auch noch schaffe, und gibt das Wort wieder an Herrn Hundertmark.

Herr Hundertmark informiert, dass er einiges ausgelassen habe und schon auf Seite fünf seiner sechs Seiten von Mittschriften sei und leitet auf Seite 654 weiter. Dort stehe die August-Bebel-Schule mit der Sanierung der Turnhalle. Er habe nur das Stichwort Turnhalle für sich notiert, da er glaube es sei für alle grundsätzlich interessant, wenn man mal eine Übersicht über den Bestand zur Situation zu den Turnhallen habe. Man sei sich bestimmt mit allen einig, man diskutiere wie wichtig Bewegung und der Sport an sich sei. Man diskutiere häufig über die Nutzung von Schwimmzeiten bzw. Schwimmbädern. Es wäre gut, wenn man mal einen Ist-Stand bekommen könne, wie die eigenen Turnhallen so im Allgemeinen eigentlich aussehen. Dies müsse logisch nicht heute sein, sondern perspektivisch. Dies sei nur der Anstoß, den die August-Bebel-Schule an dieser Stelle gegeben habe. Er käme durch Tischtennisspiele im Kreis und auch darüber hinaus zwar herum, aber hier sei diese, der Erklärung nach, 30 Jahre alt. Er habe schon in ganz anderen Hallen gespielt, die auch noch genutzt werden, wohl wissend, dass es sinnvoll sei eine möglichst aktuelle Sporteinrichtung/ Sportstätte zu haben mit Wettkampfbeleuchtung oder der Art des Bodenzustandes usw., dies sei keine Frage. Aber wenn man da perspektivisch hier und/ oder auch im Bauausschuss eine Übersicht über die Ist-Situation unserer Hallen bekommen könne, wäre dies für alle sehr hilfreich.

Vorsitzende Boch fragt den Ersten Kreisbeigeordneten Esch an, ob dies möglich sei.

Erster Kreisbeigeordneter Esch antwortet, dass dies bestimmt möglich sei. Es mache auch in vielerlei Hinsicht Sinn, man solle dies aber einer gesonderten Veranstaltung vorbehalten. Er sei dafür immer offen, in welchem Ausschuss auch immer.

Vorsitzende Boch wirft ein, dass sie denke, wenn es einmal vorbereitet sei können man es auch in zwei Ausschüssen vortragen. Sie gibt das Wort an Herrn Scholl.

Herr Scholl merkt an, wenn man sich den Turnhallen widme, interessiere ihn noch die grobe prozentuale Zahl, wie viel Sport in eigenen Turnhallen stattfindet und wie viel in nicht eigenen Turnhallen. Bei diesen könne man ja nicht unbedingt den Zustand abfragen, man dann aber eine ungefähre Aufteilung wisse.

Erster Kreisbeigeordneter Esch antwortet, dass man dies bestimmt prüfen könne, man werde dies dokumentieren können. Natürlich nur, wie Herr Scholl zurecht sage, könne man nur über die eigenen Turnhallen etwas zu Zustände und Zustandsverbesserung sagen, aber man könne dies natürlich in diesem Zusammenhang mit offenlegen.

Herr Ludwig habe eine allgemeine Frage. Er habe heute im Radio eine Meldung gehört, dass ein Specht die Fassade einer Schule nachhaltig zerstört habe. Habe man auch dieses Problem? Es sei kein Witz. Ob bauseitig etwas vorgesehen sei, oder ob man hoffe, dass der Specht die eigenen Fassaden nicht heimsuche?

Frau Weber teilt mit, dass man mit Spechten nirgends Probleme habe. Man aber tatsächlich immer wieder an den Schulen, vor allem an älteren Schulen, mit Schwalbennestern, Fledermäuse und allem möglichen Getier Probleme habe. Was sehr schlimm zunehme und sich daher gerade anbiete hier zu erwähnen sei, sei, dass man inzwischen auf den Speichern der Schulen und in den Zwischendecken ein massives Waschbär-Problem habe. Man habe kurz vor dem Abriss an der Fröbelschule sieben Waschbären entfernt. An der Holderbergschule sei ein Waschbär durch eine Zwischendecke gebrochen und ein Waschbärbaby habe dann die ganze Nacht durchgeschrien, bis es befreit werden konnte. Dies nehme zu, aber Probleme mit Spechten habe man bisher keine.

Herr Hundertmark teilt mit, dass es auf der Seite 655 mit einer grundhaften Sanierung bzw. eines Brandschutzkonzepts um die Westerwaldschule gehe. Er sei zwar nicht ganz sicher, glaube aber man habe an der Westerwaldschule das eine oder andere Vandalismus-Problem, vor allem an der Toilettenanlage. Man habe die allgemein bekannten Kabinenwände durch eine gemauerte Variante ersetzt. Hierzu würde ihn interessieren, ob die schon zweimal sanierte Toilettenanlage auch unter die grundhafte Sanierung falle und wie standhaft jetzt die gemauerten Wände seien?

Frau Weber antwortet, dass diese in jedem Fall bisher standhaft seien, sie aber gehört habe, dass man weiterhin an der Westerwaldschule ein Vandalismus-Problem habe. Dies sei nicht nur an dieser Schule so. Es sei gerade eine Tendenz, die massiv zunehme. An der Eichendorffschule habe man jetzt auch die Toilettenkabinen raumhoch gemauert. Man könne da nicht mehr so viel kaputt machen, aber man habe da auch was die Reinigung beträfe massive Probleme. Die Toilettensanierung zähle nicht in die grundhafte Sanierung. Es gehe hier vor allem um den B-Trakt, dazu habe sie gestern erläutert, dass man derzeit prüfe den B-Trakt, auch wenn Herr Landrat Schuster dort 1966 eingeschult wurde, doch abzureißen und einen Ersatzneubau auf dem Schulgelände zu errichten. Also erst einen Ersatzneubau zu errichten, den B-Trakt solange weiter zu nutzen und erst nach Fertigstellung des Neubaus abzureißen. Man prüfe da noch ein paar Dinge, wie Bodengutachten, man habe dort eine ganz hohe Böschung und prüfe, ob dies dort überhaupt gehe und es auch räumlich hinpasse. Es sei noch nicht abgeschlossen, aber, wenn es funktioniere, sei dies in jedem Fall die wirtschaftlichere Lösung und man könne dann auch energetisch sinnvoll bauen, da dies im B-Trakt sehr schwierig sei.

Erster Kreisbeigeordneter Esch ergänzt zu der Frage mit den Toiletten, dass es extrem bedauernswert sei und man dieses Vandalismus-Problem überall habe. An der einen Schule mehr und an der anderen weniger, was er für unfassbar halte. Dies bedeute allerdings nicht, dass die ganze Schule ein Problem habe, sondern, dass einzelne Personen ein Problem hätten. Man versuche

dem „Herr“ zu werden, es aber komischerweise immer mehr werde. Man habe bei den Personen nachgefragt, die an den Schulen arbeiten, was man denke, woran es läge. Bei den Antworten seien ganz groß dabei diese „Challenges“, da sich auch ganz viele dabei filmen würden. Es sei auch offensichtlich, dass viel unverschämte Neugier dabei sei, weshalb man nun die Toilettenwände raumhoch baue, weil irgendwelche Personen meinen jemand anderem zuschauen zu wollen. Es sei aber tatsächlich ein Phänomen, dass es momentan wie so ein Zeitgeist grassiere. Das habe es früher so nicht gegeben.

Herr Müller stimmt Herrn Esch zu, es sei völlig richtig. Hier seien die Zusammenhänge mit beispielsweise der TikTok-App in der es zu solchen Aufrufen käme. Dazu stelle sich dann auch die Frage, ob dies nicht lösbar sei, hier eine Veränderung herbeizuführen. Soweit er wisse, sei TikTok in den USA verboten. Er lese beispielsweise dazu gerade, dass TikTok junge Muslime dazu aufrufe, zu zerstören. Es sei unglaublich wozu dort aufgerufen werde. Man mache dort einfach seine Challenges, wie: Wer zerstöre die meisten Toiletten. Er weiß, dass könne man hier nicht leisten, aber es müsse irgendetwas gemacht werden mit dieser Seite, es ärgere ihn sehr.

Vorsitzende Boch bittet um Rückkehr zum Haushaltsplan und erteilt das Wort erneut an Herrn Hundertmark.

Herr Hundertmark teilt mit, dass er und sicherlich auch Herr Müller oder Herr Brockhoff eine genaue und bildhafte Vorstellung davon haben, wie der Vandalismus an Schultoiletten aussähe aber er bitte um eine stichpunktartige Erläuterung, was man sich allgemein hin darunter vorstellen müsse. Etwa rausgetretene Waschbecken oder abgerissene Klobrillen oder Papiermüll, dies seien ja doch Unterschiede.

Erster Kreisbeigeordneter Esch antwortet, dass es alles gäbe. Es sei einfach nicht nachvollziehbar. Es sei einfach ein Phänomen, nicht nur auf Schulen bezogen, wenn man sich hierzu den Bahnhof in Wetzlar anschau.

Herr Hundertmark weist auf die Seite 656, dort gehe es um eine allgemeine Sanierung der Holderberschule in Eibelshausen. Es sei auch nur noch der Verwaltungstrakt übrig und er wolle wissen, ob man dort dann fertig sei?

Frau Weber antwortet, es auch noch der Bunker sei, der dort auch noch drankomme.

Herr Hundertmark zählt die Seite 657 mit der Eischendorffschule auf. Hier stünde in den Unterlagen ein Ersatzneubau – Schusterbau – ob dies richtig sei? Er fragt, ob es hier eine grobe Planung dazu gäbe, wann und wo, in welcher zeitlichen Abfolge dies durchgeführt werden solle, auch finanziell. Er hätte gerne eine Gesamtübersicht, ob mit den 2,7 Mio. € alles abgedeckt sei. Von der Planung her könne er sich auch noch die Umgestaltung des Schulgeländes o. ä. vorstellen.

Frau Weber antwortet, dass aktuell die Architektausschreibung laufe. Die 2,76 Mio. € sei eine von den alten Haushaltspositionen, man schleppe diese Schule schon ein paar Jahre mit. Das Raumkonzept sei mit der Schule erörtert worden. Die ursprüngliche Planung seien nur Klassenräume gewesen, inzwischen gehe es dabei auch um etwas mehr. Den Architekten werden man dann wohl zu den Sommerferien bestimmt haben, sodass man dann anfangen könne zu planen. Im nächsten Frühjahr könne man dann die genaueren Zahlen zu den Kosten vorweisen und dann auch zügig beginnen, da man die 2,75 Mio. € schon genehmigt bekommen habe. Sollte noch etwas fehlen, müsse man hierzu einen Nachtrag erstellen. Aber mit den 2,7 Mio. € werde es dann vorangehen. Der Bau werde auf die Freifläche gestellt und im Anschluss werde der aus den 50iger Jahren stammende Altbau abgerissen werden.

Herr Hundertmark teilt mit, dass er nun auf der Seite 663 bei den sonstigen schulischen Aufgaben sei. Dort fänden sich ganz verschiedene Dinge, auch was Frau Vetter mit IT-Service, Medienzentrum und IMeNS angehe. Ob es in diesem Zusammenhang vom DigitalPakt noch irgendwelche Dinge gäbe, die man mit den Bundes-/ Landesmitteln weiterführen wolle, oder seien dies nun auslaufende Projekte und alles was hier auftauche mache man dann nach eigener Überzeugung und finanziellen Mitteln?

Frau Vetter antwortet, wie man sehe, stünde auf Seite 663 zum DigitalPakt 2024/ 2025 eine große Null, da der DigitalPakt 2.0, wenn er den käme, noch nicht sichtbar sei. Natürlich werde man ihn weiterhin brauchen, man sei noch nicht fertig geworden. Sie habe immer mal berichtet, dass der DigitalPakt durch die Problematiken der vergangenen Jahre und der Infrastrukturmaßnahmen überwiegend aufgebraucht wurde. Es sei nur ein kleiner Teil für beispielsweise Anzeigengeräte o. ä. zur Verwendung. Man habe auf der Seite 664, mit der Position „Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen IT-Schulen“ mit einem Betrag von 317.000 € für 2024 noch eine relativ normale Preissteigerung, dann aber für 2025 schon 924.600 €. Diese Summe beinhalte zum einen bereits die turnusmäßige Ersatzbeschaffung, für einen Wechsel alle fünf Jahre, der Verwaltungsrechner in Höhe von 200.000 €, aber auch 500.000 € für Ersatzbeschaffungen zu digitalen Anzeigegeräten. Man könne die Investition aus dem DigitalPakt nicht einfach stehen lassen, denn gerade diese Technik veralte relativ schnell, man müsse dabei auch, gerade in diesen Zeiten mehr als sonst, die Datensicherheits- und Datenschutzmaßnahmen berücksichtigen. Es müsse immer sorgsam darauf geachtet werden, ob die Geräte einsatzbereit seien, ob sie funktionabel oder nicht seien. Da dies nicht mehr im DigitalPakt finanziert werden konnte, sei dies logischerweise auch in der Haushaltsplanung vorhanden. Man habe immerhin 92 Schulen an verschiedenen Standorten. Sollte unterjährig in der nächsten Zeit wieder ein Förderungsprogramm aufgesetzt werden, in dem man auch digitale Anzeigegeräte und was man eben nun aufgeplant habe, refinanziert bekäme, werde man natürlich mitmachen.

Herr Hundertmark leitet auf die Seite 665 weiter. Dort sei seine Frage zum Pilotprojekt Ipad-Klassen, welches allgemein ja medial bereits vorgestellt bzw. im Rahmen des Medienzentrums verbreitet worden sei. Ob eine Schule, die schon eine Ipad-Klasse habe, dann bei der Weiterarbeit gegenüber denen, die bisher in Bezug auf Ipad-Klassen eher zurückhaltend gewesen wären auch noch durch das Pilotprojekt unterstützt werden würden?

Frau Vetter antwortet, dass es im Grunde eigentlich für die, die noch nicht soweit seien gedacht sei. Die vorangeschrittenen Schulen, die schon eigene Ipad-Klassen aufgebaut hätten, seien von der Fachberatung Medienbildung des Staatlichen Schulamts und auch dem eigenen Medienzentrum und den dort abgeordneten Lehrkräften, bestmöglich begleitet worden. Man wolle diese Dinge in einer medienpädagogischen Runde zwischen Medienzentrum und Fachberatung mal besprechen. Man habe bereits vorletztes Weihnachten schon gesagt, dass man eigentlich ein Projekt bräuchte, gerade für die, die sich schwertun würden, um auch für sich selbst ein Gefühl mit Blick auf die Fortschreibung zur Medienentwicklungsplanung entwickeln zu können, ob es sinnvoll sei in eine 1:1-Ausstattung seitens des Schulträgers zu treten. Das habe man im letzten Schulentwicklungsplan 2018 noch offen formuliert, da es dort noch offen war, jetzt kämen aber immer mehr Schulen, die schon Ipad-Klassen eingerichtet hätten und Erfahrung gesammelt hätten. Man wolle Mehreres mit diesem Projekt, a) Schulen, die noch Schwierigkeiten hätten sich auf den Weg zu machen anschieben und besonders zu unterstützen, man jetzt aber auch ein Programm habe, durch die Begleitung von Fortbildung. Die Lehrer müssen sich für dieses Ipad-Projekt, das sei eine 1:1-Ausstattung, noch einmal für alle vielleicht zu Erklärung, 1:1-Ausstattung bedeute, dass für drei Projektklassen über einen Zeitraum von zwei Jahren die Schüler die Ipads gestellt bekommen, diese seien in der MDM beinhaltet. Die Lehrkräfte, in diesen Klassen würden sich dazu verpflichten regelmäßig und aufeinander aufbauend an den Fortbildungsmaßnahmen teilzunehmen um eben sukzessive nicht nur von analog in digital umzuschwenken, sondern wirklich sich selbst so aufzustellen und zu lernen, wie man digital unterrichte. Da fließe jetzt alles ein, was man dankenswerterweise

von den Schulen die vorangeschritten sein an Erfahrung aufgenommen habe. Das Fortbildungsprogramm dazu sei natürlich parallel dazu, in dem Umfang wie man es leisten könne, von allen abrufbar. Gedacht sei natürlich, mit Blick auf unserer Weiterentwicklung auch eine Strategie, die man hier im Zuge der Entwicklungsplanung verfolge, um dann auch sukzessive zu einer Entscheidung kommen zu können ob es besser elternfinanziert oder schulträgerfinanziert sinnvoll sei. Um mit der Schule und dem Schulamt zu sagen, was vernünftig sei und auch um in eine valide Entwicklung mit den Schulen zu kommen.

Herr Hundertmark teilt mit, auf der Seite 666 ginge es unter der Nummer 30804 um „Photovoltaikanlagen auf kreiseigenen Schulgebäuden“. In den folgenden Erläuterungen dazu stehe auch: „Mittel zu Photovoltaikanlagen auf kreiseigenen Schulgebäuden“. Wo baue man jedes Jahr für 300.000 € Photovoltaikanlagen und in welcher Weise nutze man diese?

Frau Weber antwortet, die letzte Photovoltaikanlage sei auf die Sporthalle in Solms gebaut worden, auf die Theodor-Heuss-Schule sei eine große Anlage gebaut worden und auch auf die Goldbachschule soll eine gebaut werden. Sie glaube auch auf die Turnhalle der Johann-von-Nassau-Schule soll eine gebaut werden. Dies sei zentral immer in Beratung und Zusammenarbeit mit der Stabstelle Energie. Man nutze den Strom daraus mittlerweile überwiegend selbst, da alles andere unwirtschaftlich sei. Man prüfe das vorher. Dies müsse sein, wenn beispielweise schon ein BHKW da sei um nicht zu viel Strom zu produzieren und dann zu viel Überschuss zu haben. Es sei aber immer das Ziel, so viel Strom wie möglich selbst zu nutzen. Man prüfe Momentan an kleineren Schulen die ersten Speicher. Dies habe sich aber an der großen Theodor-Heuss-Schule nicht gerechnet. Es ginge wirklich darum, den Strom selbst zu verbrauchen und nicht einzuspeisen.

Herr Hundertmark erklärt an Herrn Ludwig gerichtet, dass man nicht nur einfach Photovoltaikanlagen baue, weil dort die Sonne scheine, sondern dort wo es in Ergänzung sinnvoll sei. Denn es mache durchaus Sinn darüber nachzudenken und nicht einfach etwas hinzuklatschen. Er gehe davon aus, dass die jährlich genannten 300.000 €, nicht die Mittel seien, die man beispielsweise bei der Theodor-Heuss-Schule verbaut habe, sondern diese würden doch separat angesetzt sein. Das verstehe er ähnlich, wie bei den Holzmodulen, man habe eine Haushaltsposition, wisse aber noch nicht wo sie verbraucht werden würden. Bei einer grundhaften Sanierung oder gar bei einem Neubau würde dies doch dort beinhaltet sein. Daher würden die 300.000 € die THS, seiner Meinung nach nur bedingt betreffen.

Frau Weber antwortet, dass man bei der Theodor-Heuss-Schule einen Teil aus dem Photovoltaikansatz finanziert habe, da dies aber nicht ausreichend gewesen sei, habe man aus dem Projektkonto den Rest finanziert. Man wolle aber auch kleinere Schulen ausstatten. Beispielsweise soll Wissenbach erweitert werden, dort werde das Photovoltaikprogramm genutzt werden. Dort komme eine Photovoltaikanlage auf das neu erstellte Dach. Diese Anlage koste keine 300.000 €. Ein anderes Augenmerk im Moment sei, da man verstärkt immer mehr dazu über gehe Wärmepumpe einzusetzen, dieses auch nur Sinn mache, wenn man dazu direkt auch eine Photovoltaikanlage kombiniere. Man müsse eben schauen, wie weit man mit diesen 300.000 € komme. Es mache keinen Sinn Unsummen in den Haushalt einzustellen, wie man das in Vergangenheit probiert habe und das Geld dann nicht unter bekäme.

Vorsitzende Boch teilt mit, dass man noch die letzten zwei, drei Seiten habe und übergibt das Wort wieder an Herrn Hundertmark.

Herr Hundertmark stimmt zu und teilt mit, dass er noch auf Seiten 666 sei. Als letzter Punkt stünde da „Abluftventilatorensysteme an Schulen“. Er bittet darum zu erklären, was sich dahinter verberge auch wenn der Ansatz für die folgenden Jahre Null sei, es aber zumindest eine Höhe von 20.000 € hatte, es stünde ja auch so im aktuellen Haushaltsplan drinnen. Es stünde auf Seite 666 ganz unten, man habe dies in 2023 ausgegeben.

Herr Esch antwortet, dass er glaube und nicht hoffe damit Unwahrheit zu sagen, da er nicht wisse was in 2023 gewesen sei, dass man pilottechnisch Fensteranlagen testete, die extra entwickelt worden seien. Man wisse ja was daraus geworden sei, da man sich entschlossen habe, es nicht zu machen. Er glaube, dass dies davon über sei, sonst würden die 20.000 € keinen Sinn ergeben.

Herr Hundertmark leitet zum Thema „Fahrradabstellanlagen“ auf Seite 667 über. Nach den Erläuterungen dazu, die auf Seite 668 der letzte Punkt seien, bekäme man eine Sonderförderung für Abstellanlagen. Seine Frage sei, wo und wie diese genau gebaut würden? Wie haben man sich in Bezug auf die Art, ob Bügel oder Käfige entschieden? Man habe sich ja gegen die alte Version entschieden, da hier die Reifengrößen, gerade von Fatbikes o. ä., nicht mehr hineinpassen. Wo und welche Form der Fahrradabstellanlage oder auch E-Scooter-Abstellanlagen baue man?

Frau Weber teilt mit, dass sie einen Teil der Frage aus dem Stehgreif beantworten könne und informiert darüber, dass man sich für die Bügel-Version und/oder für die Häuschen, abgeschlossene Minigebäude, entschieden habe. Es gäbe nun nur noch die beiden Varianten in den die Fahrräder abgestellt werden können. Wo diese überall hingekommen seien und weiterhin hinkommen werden, könne sie aus dem Stehgreif aber nicht sagen. Es gab aber eine Abfrage vom Mobilitätsmanagement, dort hätten sich die Schulen gemeldet und dies sei an sie weitergegeben worden. Im ersten geförderten Bereich habe man die Hälfte umgesetzt und sei noch weiterhin daran, da der Bedarf immer mehr werde. Sie möchte dazu aber auch noch etwas Kritisches sagen, denn es käme immer mehr die Forderung, dass man abgeschlossenen Käfige für die E-Bikes der Lehrerschaft bauen solle. Diese sollen auch mit Steckdosen ausgestattet sein um das Fahrrad dann dort laden zu können. Dies werde nicht umgesetzt werden. Man sei gerade für die nächsten Tage dabei, die Schulen anzuschreiben, da es zu der Unsitte komme, dass die E-Bikes mit in die Klassenräume genommen werden und überall da, wo Steckdosen seien in die Fluchtwege und Innenräume gestellt werden würden. Man müsse regelmäßig die E-Bikes aus den Innenräumen entfernen. Dies sei, gerade durch die Akkus, eine Brandgefahr und in den Fluchtwegen habe genauso wie in den Klassenräumen sowieso nichts zu stehen. Auch das E-Bike des Klassenlehrers habe dort nichts zu suchen. Durch das Anschreiben werde es wahrscheinlich einen Aufschrei geben, man sei da aber in der Pflicht, man werde es versenden und müsse es verbieten. Man sei dafür offen, dass abschließbare Käfige gebaut werden, man können aber auch da keine Steckdosen bzw. Ladestationen für Lehrkräfte kostenfrei zur Verfügung stellen.

Herr Brockhoff teilt mit, da das Thema bereits angesprochen werde, dass wenn er dies richtig sehe diese Käfige oder diese Gebäude, die bisher gebaut worden seien, abgeschlossen seien und nur mit den klassischen Schulschlüssel durch die Lehrkräfte zu öffnen seien. Er beobachte damit, dass dies dann tatsächlich nur Parkhäuser für die Lehrkräfte seien. Für die Lernenden seien diese nur mit dem umständlichen Weg über die Lehrkräfte zugänglich. Dies führe an den Schulen, die er so beobachte dazu, dass viele Tausend Euro in diesen Dingen ständen. Das seien dann aber nur die Fahrräder der Lehrkräfte und viele Tausend Euro davorstünden, nämlich die Fahrräder der Lernenden. Gäbe es dazu Ideen oder andere Schulen, die dies geschickter umsetzen würden, als die Schulen, die er beobachtet habe? So dass, die, die Bedarf haben auch wirklich drankämen und nicht nur die ohnehin gut bezahlten Lehrkräfte, die dann noch einen trockenen Sattel nutzen könnten.

Frau Weber teilt mit, dass man sich bisher dabei bewusst nicht eingemischt habe. Es gäbe die unterschiedlichsten Varianten. Es gäbe gemeinsam genutzte Fahrradkäfige/ Fahrradabstellungen, wo es überhaupt kein Problem sei, dass das Lehrerfahrrad neben dem Schülerfahrrad stehe. Das sei genauso wie bei Parkplätzen auf denen beides stehe. Man habe aber auch Schulen von denen man ganz klar gesagt bekäme man bräuchte einen Stellplatz nur für die Lehrer, da ja sonst ein Kratzer an dessen Fahrrad kommen könne. Man habe das bisher offengelassen und den Schulen überlassen, wie sie dies organisieren wollen. Es sei, wie so oft, wenn man etwas vorgebe, es müssten beide Fahrradtypen dort hinein, dann habe man die Schule gegen sich und es gäbe nur Ärger. Man habe

dies auf der Agenda und werden es beobachten. Man wolle die Schulen erstmal gewähren lassen. Sollte es dazu führen, dass die privilegierten Lehrer ihr Fahrrad im Trockenen stehen haben und der Schüler müsse es in den Regen stellen, mache es keinen Sinn. Man sei hier erstmal nur Beobachter und wolle sich zunächst erstmal nicht einmischen.

Herr Scholl interessiere die Begründung, warum generell nicht die Möglichkeit geben sollte die E-Bikes aufzuladen? Was genau der Punkt an der Stelle sei? Ginge es da um den Aufbau um die Stromversorgung mit Sicherheitsfragen, oder was sei der Hintergrund dessen?

Frau Weber antwortet, man können keinen Strom kostenfrei zur Verfügung stellen, so dass Lehrkräfte oder Schüler ihr Fahrrad auf Kreiskosten aufladen könnten. Wenn jemand käme, der tatsächlich 50, 60 Kilometer weit herfahre, dass das Fahrrad für die Heimfahrt wieder geladen werden müsse, dann müsse man irgendwelche Münzautomaten, Kartenautomaten, heißt irgendwelche Zahlensysteme aufbauen. Dies koste richtig viel Geld. Nun könne man sagen, jenes bisschen Strom mache doch nichts. Dazu greife man aber auch gerade hier im Kreisgebäude durch, dass man sein privates Handy hier nicht einfach aufladen dürfe. Dies sei ja nichts Anderes.

Wenn die Politik sich irgendwann dazu entscheide, dass Fahrräder zukünftig kostenfrei, im nächsten Schritt dann die E-Autos auf Kreiskosten geladen werden dürfen, dann sei das eine politische Entscheidung. Die gebe es aber aktuell nicht. Ob das dann eine freiwillige Leistung sei, wisse sie nicht und richtet diese Frage an Frau Amelung, diese schüttelt den Kopf. Wenn man dies also mache, sei es eine Veruntreuung von Kreismitteln. Daher sei man auch so dahinter her, nicht nur aus Brandschutzgründen, sondern genau wegen der Kosten, die entstehen, wenn diese E-Bikes an die Steckdose angeschlossen werden würden. Dies müsse man Ihrer Meinung nach unterbinden.

Erster Kreisbeigeordneter Esch ergänzt dazu, dass es natürlich die Situation gäbe, dass Leute, die so ein E-Bike fahren, es dann nicht laden können. Allerdings sei es in der Praxis heute doch so, dass alles was so modern sei auch 50 Kilometer an einem Stück fahren kann. Wer habe denn schon mit dem Fahrrad einen Schulweg von 25 Kilometern. Das seien die Wenigsten.

Die meisten Fahrräder hätten heutzutage eher 100 oder sogar 120 Kilometer Reichweite, daher könne man es sich auch richtig einteilen. Die Kehrseite sei auch die, bei allem was man installiere, habe man diese Steckdosen, müsse man sie auch warten und checken ob alles richtig sei. Dies koste alles wieder Geld. Man habe den einen oder anderen Bürgermeister im Kreistag sitzen, der ziemlich genau wisse, dass man dies alles mit der Schulumlage umlegen müsse. Ob dies dann noch alles so schulumlagefähig sei, wisse er auch nicht so genau. Es sei schon grenzwertig, dort wo man ausschließlich Lehrkräfte versorge. Da dies eigentlich nicht die Bewandnis sei. Man wolle nicht päpstlicher als der Papst sein, man müsse sich aber irgendwann einmal darüber unterhalten, wie man, das sei das, was Frau Weber meinte, das Ganze gestalten wolle. Es müsse dann auch noch so in den Sack gehen, dass man es auch noch so gestalten dürfe. Man dürfe nicht einfach alles auf die Kommunen umlegen, was man meine was sinnvoll sei. Hierzu müsse man sich auch noch einmal Gedanken machen. Dies werde ein Prozess sein, den man betrachten müsse. Er wolle nichts ausschließen, es werde nur immer aufwendiger werden. Wie auch schon Frau Weber gesagt habe, man finge jetzt mit den E-Bikes an, das klinge noch harmlos, man bräuchte nur eine Steckdose, Feierabend. Dann kämen die ersten mit Ihren E-Rollern, E-Motorädern, dies gäbe es ja auch schon alles und dann mit den E-Autos an. E-Autos, könnten, wie man alle wisse, verschieden groß sein. Man müsse eben irgendwann eine Linie finden, wie gehe man damit um. Denn spätestens dann habe man gar nicht mehr die Kapazitäten für Lademöglichkeiten und dürfe die Energie dann auch nicht mehr verschenken, das läge auf der Hand. Wenn man die Energie dann in einem beschränkten Ausmaß verkaufe, sei das Verkaufen bzw. die Infrastruktur darum herum teurer, als es die ganze Sache wert sei. Er wolle dies hier jetzt aber nicht abschließend bewerten, das sei nicht Sinn der Sache. Er wolle nur sagen, man bewege sich auf eine Zone zu, die sehr umstritten sei.

Herr Ludwig fragt an, wie man es handhaben wolle, wenn der Akku ausgebaut und mit in den Klassenraum genommen werde? Dies werde sich sicherlich nicht vermeiden lassen.

Frau Weber antwortet, dass dafür das Schreiben an die Schulen sei, das gerade versendet werden würde. In dem sei dies untersagt. Dann sei aber die Frage, wer es prüfe. Beispielsweise die Theodor-Heuss-Schule wollte diese Stützpunkte für die Lehrer haben. Es gab die Eindeutige Aussage dort kämen keine Wasserkocher und Kaffeemaschinen hin, diese bräuchte man nicht. Man habe ja die Mensa. Was sei nun passiert, nach etwa vier Wochen, stehen dort nun private Kühlschränke, Kaffeemaschinen, Wasserkocher und Teekocher. Man habe dann auch dort angeschrieben, dass die Dinge entfernt werden müssten. Es sei nicht vorgesehen, man habe dort nicht mal ein Waschbecken, so dass das Wasser für die Kaffeemaschine auf der Toilette geholt werden würde. Die Tassen werden nicht gespült, so dass die Reinigungskräfte angezählt werden, weil sie die Tassen nicht spülen würden.

Man werde daher jetzt wieder sagen, da man letzte Woche festgestellt habe, alles was rausgeräumt worden sei, sei wieder da, dass dies nicht zulässig sei. In letzter Konsequenz habe man dann die Möglichkeit es selbst auszuräumen zu lassen. So werde man auch alle Schulen anschreiben und sagen es sei nicht zulässig: 1. Fahrräder dort abzustellen, 2. private Akkus zu laden. Wenn es doch gemacht werde und man werde nicht gesehen, dann haben diese eben Glück, aber vielleicht habe man auch manchmal konsequente Schulleitungen, die dort unterstützen werden dagegen vorzugehen.

Herr Scholl teilt mit, dass er dies gar nicht kritisieren wolle. Ihn interessiere aber nochmals der Hintergrund. Er fände man solle dabei auch keinen Unterschied machen. Wenn, dann müsse es für Schüler und Lehrer gleichberechtigt gelten. Denn sonst sei es irgendwann ein Problem des Volumens und der Steckplätze. Er sehe den nächsten Streit schon, dass dies alles zu viel werde. Bei Lehrern könne man noch darüber nachdenken ob da nicht der Arbeitgeber zuständig sei. Er wolle nur noch mal sagen, dass er es gar nicht kritisiere, sondern wolle es nur noch mal genauer wissen.

Erster Kreisbeigeordneter Esch ergänzt noch, dass man auch beachten solle, dass diese modernen Akkus dazu neigen können tatsächlich mal zu brennen. Man wisse was man dazu in der Abfallwirtschaft und sonst wo für Probleme habe, weil dies so sei. Die Akkus würden in einem Schulgebäude liegen in dem der Kreis mit dem Brandschutz zuständig sei. Wenn man dies dulden würde, wäre es das Tagesgeschäft, dass es dann viele Zimmer gäbe in denen die Akkus zum Laden liegen würden, diese seien dann abgeschlossen, damit auch keiner rein könne. Das dürfe man aber nicht dulden, denn wenn dann was passiere habe man ein riesengroßes Problem. Dann könne keiner sagen er hätte es nicht gewusst, ergo müsse man da reagieren. Auch wenn das nur ein paar Akkus seien, von irgendwelchen Sachen. Auch beim Mitbringen von Elektrogeräten. Das sei mittlerweile auch in Betrieben so, dass man diese nicht mehr einfach so in die Steckdose stecken dürfe. Zumal inzwischen all das mitgebracht werde, was man zu Hause nicht mehr brauche und ggfls. sogar defekt sei. Das gehe natürlich nicht und man sei dafür verantwortlich. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seien angewiesen, wenn sie so etwas sehen auch zu reagieren. Man bitte da einfach um Verständnis, auch im Interesse aller sich in der Schule aufhaltenden.

Herr Braun erklärt, dass das was Frau Weber beschreibe, die Kreativität des Beamten oder des Menschen im Allgemeinen sei. Die Fragenstellung, die ihm bezüglich eines Fahrrad-Akkus im Klassenzimmer komme, sei der Ansatz, ob man, bevor ein entsprechendes formuliertes Schreiben, bei der Anzahl X Lehrer im Lahn-Dill-Kreis, versendet werden würde, erst die Betroffenheit ermittelt werden könne? Er würde behaupten, dass es in Driedorf vielleicht drei und in Wetzlar vielleicht 30 seien. Das Ganze im Rahmen einer Angebotsplanung. Man könne etwas verbieten, OK, dann könne man sich jetzt hier gemeinsam darüber unterhalten. Man habe es eben selbst am Beispiel des Wasserkochers und der Kaffeemaschine beschrieben was passiere, man rede hier von einer Eskalationsstufe. Er fände es jetzt, wenn man hier hinsichtlich der Schulen und Lehrer spräche, eigentlich als einen Ansatz, wie man dies im Vorfeld vermieden bekäme, bevor man auf das Eskalationskarussell aufsteige. Das sei einfach nur der Hinweis, ob man wisse wie groß der Bedarf sei. Sei der ermessbar bzw. wenn man dann wisse, wie groß der Bedarf sei, habe man ein Konzept

oder ein Angebot, dass man dem entgegenstellen könnte? Um dann auf der Grundlage dem Verursacher sagen zu können, dass dies nicht nötig sei. Dies sei das, was ihm einfiel, wenn er den Ausführungen zuhöre.

Erster Kreisbeigeordneter Esch antwortet, dass man als Begleiter der Schule dafür hafte, dass dort alles normal ablaufe. Und es sei so, dass es aktuell einfach aus rechtlichen Gründen verboten sei die Akkus zu laden bzw. sie mit hineinzubringen. Deshalb müsse dem „Rechnung getragen“ werden, die anwesende Diskussionsmasse sei eigentlich gar nicht vorhanden. Er wisse sich gar nicht zu entscheiden, ob mit oder ohne Eskalation, denn niemand sei gezwungen sein Fahrrad in der Schule zu laden, das habe man festgestellt. Wenn man es normalerweise zu Hause geladen habe, dann käme man hin und zurück, dies sei so. Von daher müsse man das hier aktuell nicht diskutieren. Man wisse auch den Bedarf nicht, wo und wieviel Lehrer es seien. Man werde auch das reine Lehrerproblem an dieser Stelle nicht lösen können. Zum wiederholten Male: Niemand sei gezwungen in der Schule seinen Akku aufzuladen.

Herr Brockhoff wirft ein, ohne das Ganze noch weiter in die Länge ziehen zu wollen, wolle er aber nochmals klarstellen, dass er glaube, dass dies kein reines Lehrkräfteproblem sei. Wenn er sich die Schulen so anschau, gäbe es schon überraschend viele Schülerinnen und Schüler, die mit sehr, sehr, sehr teuren Fahrrädern mit Akkus durch die Gegend fahren würden. Die ihm auch schon so ein Ding unter die Nase gehalten haben und gefragt haben, wo sie das nun aufladen könnten. Er glaube, dass dies tatsächlich ein Thema sei, dass nicht nur Schulen, vermehrt betreffen und thematisiert werden wird. Vielleicht sei es sinnvoll sich einmal grundsätzliche Gedanken dazu zu machen, ob man dem denn irgendwie begegnen könne. Das sei die politische Entscheidung von der zu Beginn gesprochen worden sei. Aktuell habe man die Entscheidung. Er glaube aber das werde im nächsten Jahr stärker und er glaube dies sei wahrscheinlich eine andere Diskussion, als man hier jetzt bei E-Autos führe, wo es einfach die Masse an Energie sei, die man dort brauche.

Herr Müller hat noch einen Nachtrag in Sachen Vandalismus. Im Internet fände man ganz schöne Artikel, in dem die Schüler an einer Schule in Gütersloh, an der dortigen Geschwister-Scholl-Schule, die Toiletten kontrollieren würden. Vielleicht könne man so etwas vorbildlich da empfehlen wo auch solche Vandalismus-Probleme seien. An dieser Schule sollen dadurch jetzt keine Probleme mehr vorhanden sein.

Frau Weber teilt dazu mit, dass sie am Freitag einen Termin mit dem Kreisschülerrat haben, die hätten eine Art Gesamtkonferenz. Alle Schülersprecher kämen in der Kestnerschule zusammen. Sie sei dazu eingeladen um das Thema Vandalismus auf Toiletten mal in einer großen Runde zu besprechen. Dies sei in einem Workshop aufgeplopt, man habe verschiedene Ideen aber keine Lösung gefunden. Sie wurde gebeten mal dazuzukommen um sich über die verschiedenen Möglichkeiten auszutauschen. Es seien nur ein paar schwarze Schafe, das sei eben immer die Aussage, die diesen Unsinn machen. Ihr Eindruck sei auch schon, dass die Schüler selber Interesse hätten, dass sich dabei etwas verbessere. Man sei da im Gespräch. Ob dies nun die Lösung sei, könne man noch nicht sagen.

Vorsitzende Boch bittet den Punkt nun zu verlassen und teilt mit, dass Herr Hundertmark noch eine Frage habe.

Herr Hundertmark erläutert, dass er nur noch einen Nachtrag zum Thema „Auflagen“ habe. Dies sei aber nur, er glaube das habe Herr Brockhoff so richtig gesagt, dass es auch eine Diskussion sei, die man hier perspektivisch politisch führen müsse, dies habe mit dem Haushalt nur peripher zu tun. Es sei nach seiner Liste, habe man nur wenige Punkte zuvor mit Frau Vetter darüber diskutiert, ob man als Schulträger die Ipads bezahle oder die Kinder elternfinanzierte Ipads mitbringen. Nach diesem Gedanken, dürfe man die Ipads, die maßgeblich für das Gestalten des Unterrichts nötig seien, nicht in der Schule aufladen. Wenn man das jetzt so zusammenbringe, wolle er Herrn Esch beim Wort

nehmen. Man müsse hier mit einem gesunden Menschenverstand drangehen, da ansonsten kein Unterricht mehr stattfinden könne, wenn man den Strom nicht nutzen dürfe. Man müsse hierbei vielleicht ab und zu tun und es etwas differenzieren. Dies sei nicht für jetzt interessant, sondern perspektivisch.

Für jetzt würde er sagen wollen, er wäre heute ja maßgeblich derjenige, der alle möglichen Leute genervt habe, er habe sich eben intensiv mit dem Buch auseinandergesetzt und möchte daher den Damen und Herren aus der Verwaltung, die Rede und Antwort gestanden haben, ganz herzlich persönlich, aber auch im Namen der CDU-Fraktion danke dafür sagen, dass das so gemacht worden sei. Dies sei für sie, die das nur ehrenamtlich begleiten entsprechend hilfreich und wichtig, sonst könne man dies nicht so umfänglich verstehen.

Erster Kreisbeigeordneter Esch merkt abschließend an, dass dies in der Tat so sei, dass man sich darüber Gedanken machen müsse, nicht nur nebenbei, sondern das müsse man gemeinsam machen, wie man mit dem Thema umgehen wolle, für alle Betroffenen, Lehrer wie Schüler. Was man bereit sei dafür einzusetzen, er glaube, dass da bei allen die Bereitschaft sei dabei irgendwie einen Kompromiss zu finden. Diesen Eindruck habe er zumindest. Er bitte momentan um Verständnis für die Situation, die man habe, man tue das was man dürfe und was man nicht dürfe. Das Ergebnis werde so sein, dass man sich an einen Tisch setzen werde um zu sagen, wie man es denn gern machen wolle, um dies dann abzuklären und zu fragen, ob denn irgendetwas dagegensprache um es dann durchzuziehen zu können.

Herr Brockhoff teilt mit, dass er noch zwei Fragen habe. Erstens, wo sich den die Menstruationsprodukte wiederfinden würden? Und zweitens ginge es um den Änderungsantrag des Kreisausschusses, mit Stand vom 13.03., den man aber schon am heutigen 12.03. bekommen habe. Dort befände sich der Posten über 8,5 Mio. € für die Friedrich-Wilhelm-Raiffeisen-Schule. Wenn er dies richtig verstehe, sei dies nur ein durchlaufender Posten, man bekäme das Geld vom Land Hessen und man würde es an die Schule weitergeben? Trotzdem frage er sich, ob dies weitere Auswirkungen habe, oder man nur der Tisch sei über den das Geld gehe?

Erster Kreisbeigeordneter Esch antwortet er werde versuchen die beiden Fragen zu beantworten und zusätzlich dabei eine, die er noch nicht gestellt habe. Die Menstruationsprodukte an den Schulen gäbe es inzwischen an allen Schulen, außer an Grundschulen. An diesen mache man es nicht, aber alle anderen Schulen seien inzwischen ausgestattet. Es sei zwar kein 100%iger Erfolg, denn es gäbe einzelne, wohlgemerkt einzelne, an denen man sich auf Wunsch der Schulleitung dagegen entschieden habe, da es dort zu viel Vandalismus gäbe. Dies sei aber die Ausnahme. Im Großen und Ganzen funktioniere es und dies bediene man auch. Das fände man spezifisch nicht im Haushalt, dazu benötige es keine eigene Haushaltsposition, da der Betrag nicht die Welt sei. Man habe hier irgendwann einmal gesagt, man prüfe einmal wie hoch die Nachfrage sei, das habe man gemacht. Viel sei es nicht und es laufe nun.

Zur zweiten Frage ginge es mit den 8 Mio. € für eine private Schule mit einem Darlehen, das eigentlich vom Land gegeben werden. Diese solle aber nicht direkt vergeben werden, sondern werden über den Lahn-Dill-Kreis vergeben. Also leihe man einer privaten Schule, gewissermaßen im Auftrag des Landes. Man bekäme zwar diese 8 Mio. €, man hafte aber auch dafür. Dies sei ein Konstrukt, dass einem nicht unbedingt gefalle aber man wolle auch niemandem auf den Füßen stehen. Daher habe man den Vorschlag gemacht, man würde es umsetzen, es sei auch nicht das erste Mal ein Projekt dieser Art gewesen, aber man wolle das Ganze mit einem Sperrvermerk versehen, damit man auch wisse was man tue. Diesen habe man dann an den HFWO geben, damit dieser auch freigegeben werden könne und man dann wisse, dass damit kein Schindluder getrieben werden könne. Das befürchte man nicht, man wolle aber auf Nummer sicher gehen.

Und zur noch nicht gestellt Frage, käme nun die Antwort. Man habe sich in Vergangenheit immer mal über das Thema „Trinkwasserspender“ an Schulen unterhalten. Dazu sei sehr lange die Antwort gegeben worden, dass dies aus technischen und hygienischen Gesichtspunkten nicht möglich sei

und man daher bisher darauf verzichtet habe. Nicht nur am Computer habe sich die Technik weiterentwickelt, denn mittlerweile geben es auch hier neue Systeme, die es durchaus ermöglichen darüber sehr konstruktiv nachzudenken. Man habe es auf Anfrage des Kreisschülerrats, der sich über die Anschaffung freuen würde, bereits ausprobiert. Man habe dazu gerade heute Morgen gemeinsam mit dem was man Verwaltungsvorstand nenne, den Grundsatzbeschluss, dass man dies nicht machen wolle, aufgehoben. Man wolle dies nun, dazu bedarf es keiner weiteren Beschlussfassung, den Schulen anbieten. Es werde zusätzlich darüber nachgedacht, auch Wasser mit Sprudel anzubieten, da diese Möglichkeit vom Invest nicht so viel Unterschied sei. Es ginge ja auch darum etwas Gutes zu machen, dies wolle man gerne leisten. Man wisse, dass dies die Schulen im Jahr rund 3.000 € bis 4.000 € kosten werde. Durch den geringen Betrag tauche es hier nicht gesondert auf. Es sei auch nicht direkt morgen fertig, aber das „GO“ von seiner Seite aus sei erteilt, so werde es auch im Kreisschülerrat kommuniziert werden. Er denke dabei im Sinne aller zu handeln. Die Bedenken die man im Voraus gehabt habe, gäbe es nicht mehr und es sei nun gut zu vertreten. Es müsse dies eine ganz gute Möglichkeit sein die Schülerschaft zu unterstützen und den Rest auch.

Vorsitzende Boch fragt an, ob es noch Fragen gäbe bevor man zum Produktbereich 4 übergehe, es seien noch ein, zwei Seiten. Es gibt keine weiteren Fragen. Vorsitzende Boch schließt den Produktbereich drei ab und geht zum Produktbereich vier über. Auf Nachfrage gibt es zu Produktbereich vier keine Fragen, so dass sie zur Beschlussfassung überleitet, den Beschlussvorschlag vorliest und dann um Handzeichen bittet.

Beschluss:

1. Der Bildungsausschuss (BildA) empfiehlt dem Kreistag,

- 1.1 gemäß § 97 Abs. 2, § 98 Abs. 1 und Abs. 2, Nr. 3 in Verbindung mit § 101 Abs. 3 HGO und § 52 Abs. 1 HKO den als Anlage (Kap. 5.2) dem Haushaltsplan beigefügten Entwurf des Investitionsprogramms des Lahn-Dill-Kreises für den Planungszeitraum 2023 bis 2027 in der vom Kreisausschuss festgestellten Fassung unter Einschluss der vom BildA beschlossenen Änderungen und
- 1.2 gemäß § 98 Abs. 1 HGO in Verbindung mit § 52 Abs. 1 HKO den als Anlage 1 beigefügten Entwurf der Haushaltssatzung des Lahn-Dill-Kreises für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 mit beiliegendem Haushaltsplan in der vom Kreisausschuss festgestellten Fassung unter Einschluss der vom BildA beschlossenen Änderungen

1.1 Investitionsprogramm:
Mehrheitlich zugestimmt - 8 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 4 Stimmen-Enthaltungen

1.2 Entwurf der Haushaltssatzungen mit den beschlossenen Änderungen:
Mehrheitlich zugestimmt - 8 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 4 Stimmen-Enthaltungen

Vorsitzende Boch bedankt sich bei den Sitzungsteilnehmern aus der Verwaltung und leitet im Anschluss zu TOP 2 über.

Zu TOP 2.

Ganztägig arbeitende Schulen: Weiterentwicklung von Schulen im Ganztagschulprogramm
2024/2025
VL-13/2024-1

Vorsitzende Boch beginnt mit TOP 2, die Drucksache läge vor. Sie fragt nach, ob es hierzu Fragen gäbe und erteilt Herrn Hundertmark das Wort.

Herr Hundertmark teilt mit, er habe die Hoffnung, dass es vielleicht zunächst noch ein wenig Input dazu geben werde. Er könne seine Fragen aber auch so stellen. Hier richte es sich um die Übersicht „Gesamtzuweisungen“, dies sei die Anlage zu der Drucksache. Dort seien die unterschiedlichen Träger aufgeführt. Man habe, nicht zwingend beim Ganztage allgemein, sondern man erinnere sich vielleicht an die Diskussion rund um die Sozialarbeit an Schule. Aber eben auch bei den Trägern des Ganztages, an die Diskussion in wie weit ein Träger an Board bliebe und dies als Partner bei Abrechnungen des Ganztages usw. zu unterstützen oder eben nicht. Dazu würde ihn interessieren, ob man hier Schulen habe, die von Seiten der Träger gekündigt worden seien? Habe man noch welche in Notbetreuung und wie man das übergangsweise handhabe? Dann habe man noch die Bitte, in der Vergangenheit habe es eine Defizit-Aufstellung der einzelnen Träger nach Schulen geordnet gegeben. Wie auskömmlich würden die Träger mit den entsprechenden Mittel arbeiten. Dies fehle hier gänzlich. Man habe dies im zurückliegenden Jahr, da sei es aber noch eine Prognose für das jetzige Jahr gewesen, bekommen. Dazu würde ihn der Vollzug oder die Realität interessieren.

Erster Kreisbeigeordneter Esch antwortet, dass die letzte Frage sicherlich berechtigt sei, nun aber nicht genau zum Tagesordnungspunkt passe, der den Weiterentwicklungen an den Schulen gilt. Er denke aber, man könne dazu etwas sagen und erteilt das Wort an Frau Vetter.

Frau Vetter erläutert zur ersten Frage, dass man Kündigungen habe, man sei aber aufgrund der Defizitberechnung des letzten Jahres gar nicht so böse darum, dass diese hier jetzt kämen. Man sei regelrecht von den Trägern überrollt worden. Man sei gerade dabei das ganze System, zu dem man auch Zusatzmittel habe, die auch im Haushalt vorhanden seien, etwas umzustellen. Es seien Zusatzmittel aufgeplant, die man anhand der Defizitberechnungen der Träger hochgerechnet habe. Man sei gerade dabei ein neues und transparenteres und trotzdem Qualität ermöglichendes Ausschreibungsverfahren zu entwickeln. Um möglichst klar mit einem Preis-Leistungs-Verhältnis in die Zukunft gehen zu können und um vom Träger dann einen Preis genannt zu bekommen der zur Leistung passe. Dies sei noch sehr viel Arbeit, da noch einiges zu bedenken sei. Auch die Rechtsabteilung sei dazu mit eingebunden. Die Mehrkosten, die man hochgerechnet und im Haushalt stehen habe, werde man benötigen, das wisse man. Man wolle diese in der Zukunft natürlich auch so sinnvoll wie möglich ausgeben. Auch die Träger sollen dann die Möglichkeit haben, die Leistung, die erwartet werden würde auch erbringen zu können. Umgekehrt wolle man aber auch Transparenz über die Kosten haben. Da sei man gerade in einem Prozess und man werde darüber natürlich in Zukunft berichten. Momentan sei man aber ein wenig im Umbruch an dieser Stelle, denn so wie es im vergangenen Jahr gewesen sei, könne es nicht bleiben. Eine Defizitliste habe man insofern nicht eingebracht, man habe es aber wie bereits gesagt hochgerechnet und in den Haushalt eingestellt.

Herr Hundertmark müsse nachmals wegen der Kündigungen nachfragen. Da dies für die einzelnen Schulen ja schon akut sei, wenn der Träger des Ganztages die Dienstleistung entsprechend aufkündige. Werden diese dann hier im Haus mitübernommen oder wie werde dies dann geregelt. Er bittet, dass man eine Protokollnotiz bekäme, in der stehe, welche Schulen bzw. in welcher Schule zu welchem Zeitpunkt werde die Trägerschaft durch den Träger aufgekündigt wurde. Es würde, von es sei nicht so schlimm, bis man könne alles einstampfen, alles kursieren. Ob dies einzig und alleine am Träger läge, dass dieser sich beschwere er habe keine ausreichenden Mittel, man kenne die Diskussion. Dabei sei es für ihn persönlich schwierig, ohne das Hintergrundwissen mitreden zu könne.

Frau Vetter antwortet, es sei nicht durch den Kreis gekündigt worden, es sei nur vom Vertragspartner gekündigt worden, weil in der Form die Finanzierungsgrundlage nicht übereinstimme. Dann sei dies auch ein sinnvoller Grund zu kündigen. Es sei für einen selbst wichtig, dass so frühzeitig gekündigt werde, da man es dann noch neu organisieren könne. Ja, es gäbe Kündigungen, man wisse aber nicht in wie weit man das jetzt offenlegen könne, dass müsse man

prüfen, habe aber im Grundsatz kein Problem damit. Für die Schulen, die jetzt gekündigt seien, ginge so schnell wie möglich wieder ein Vertrag raus, wie man es immer machen würde, dies sei nichts völlig Neues. Man habe im Prinzip genug Vorlauf, um im Sommer die Betreuung oder den Ganztagspakt vernünftig weiterführen zu können.

Erster Kreisbeigeordneter Esch ergänzt dazu, dass das ganze Konstrukt des Paktes mehr als unglücklich sei. Es hänge damit zusammen, dass man mittelbar als Kreis dafür zuständig sei, dass nachmittags, sämtliche Kinder die vormittags in die Schule gingen in irgendeiner Form zu betreuen seien, nicht von einem selbst aber über einen selbst, man finanziere dies mit. Man sei normalerweise gezwungen diese Leistungen auch auszuschreiben. Er fände es persönlich praktischer, das habe er auch schon dem ehemaligen Minister gesagt und werde es dem neuem auch nochmals sagen Dieser wolle nicht darüber nachdenken, dass der Kreis die Schulen umbauere und auch die Betreuungsräume schaffe und das Land dann aber das Personal dafür einsetzen solle. Momentan sei man aber in dem Konstrukt wie es sei und man arbeite mit freien Trägern, dies seien nicht allzu viele. Man versuche es mit den kommunalen freien Trägern zu machen, alternativ dazu, müsse man, wie man es auch bald vorhabe, dies in einer ganz ähnlichen Art und Weise ausschreiben. Ob dies die ganze Sache dann besser mache, wage er zu bezweifeln. Man stoße auf die Situation, dass man ausgeschrieben und den Zuschlag erteilt habe, ein viertel Jahr später, dann auf einmal eine Kostensteigerung mitgeteilt bekäme, die sich um zig-Prozent bewege. Ein Träger dann auf einmal sage, für das Geld könne er das nicht machen. Dies sei im aktuellen Verfahren so nicht vorgesehen. Einerseits sei es kein Geheimnis wer kündige, es sei aber andererseits auch nicht unbedingt zielführend, er habe nichts dagegen dies in einer öffentlichen Sitzung so zu behandeln. Er habe dann nur die Befürchtung, dass man dann auf das Gleis käme, wo man eigentlich nicht hinwolle: Man kürze das Ganze um dann doch einfach nochmals ausschreiben. Zurzeit sei es so, dass man es schaffe, die Schulen auszustatten. Man habe sehr oft auch nur eine Bewerbung für eine Schule, das müsse man beachten. Dieses würde er gerne erhalten wollen, mit der Liga der freien Träger die das zurzeit mit den anderen Fördervereinen mache. Dies sei aber ein sehr, sehr schwieriges Geschäft, zumal man eins nicht vergessen dürfe, nicht jeder Trägerwechsel sei auch im Sinne der jeweiligen Schulen. Das Schulamt begrüße vielleicht, wenn dieses gut mit jemandem verfare, dann den Anspruch habe, dass könne man die nächsten 20 Jahre auch so machen. Nach dem Vergaberecht funktioniere dies so nicht. Mit der nicht so optimalen Qualität des Konstrukts habe man mit jedem Trägerwechsel auch einen Betriebsübergang, das bedeute, dass man dann auch jede Schwierigkeit mit dem Personal mitübergebe. Es sei eben ein sehr komplexer Prozess. Man könne sich gerne darüber unterhalten, er würde dies aber ungern jetzt machen, da sich danach alle betreten fühlen werden. Es seien alles Organisationen mit denen man zusammenarbeite, die man bestens kenne. Diese fühlten sich dann etwas in die Seite getreten, wenn man sie dann oute, dass sie dies aus finanziellen Gründen gemacht hätten. Dies wisse er aus internen Vorgängen, dass dies alles diffizil sei. Man führe dann irgendwelche Gespräche und sage dann doch, dass man sich ja vertragen wolle. Um erstmal bekannt zu geben, wie viele und welche Schule es betreffe, das könne man gerne machen ohne den Träger dazu zu nennen, den wisse man vermutlich selbst. Das fände er auch sehr interessant, man müsse aber vorsichtig den Akteuren gegenüber dabei sein. Man versuche immer auch auf eigener Ebene etwas zu finden, was dann der Schule passe und was auch noch mit dem Träger passen könne. Diese würden ja auch begründen, warum sie auf einmal mehr Geld bräuchten. Aber es passe eben nicht zum Vergaberecht. Man vergebe etwas und sage jawohl der Träge leiste 100, man zahle 100, man sei sich einig und zwei Monate später komme dann, der Träger leiste 100% man solle aber 150% zahlen. Dies sei eine sehr, sehr schwierige Gemengelage, daher bitte er dies mit Vorsicht zu behandeln. Es spräche aber nicht dagegen, wenn man sage, wenn man wechseln wolle.

Herr Hundertmark erläutert, dass beispielsweise die Mitteilungsvorlage aus 2023 eine Defizitaufstellung und ähnliches umfasst habe, so dass diese Informationen auch immer wieder öffentlich seien. Er wisse um die Situation und dass dies gerne unter dem Deckel gehalten werden wolle, es aber von unterschiedlichen Akteuren ein berechtigtes Interesse darangebe. Mindestens

von den Eltern, die die Leistung von den Trägern im Ganzttag für ihre Kinder in Anspruch nehmen würden. Dies sei der Endverbraucher und nur darum gehe es und nur deshalb gebe es all diese Konstrukte. Aus seiner Sicht hätten diese das Recht, wenn es einfach nach außen kommuniziert werden würde, dass der ein oder andere Träger Schwierigkeiten habe. Er habe noch zu dem Punkt, weil man gesagt habe es sei ein schwieriges Konstrukt und der Kultusminister verstehe es nicht ganz (Erster Kreisbeigeordneter Esch wirft kurz ein, dass dieser es wohl verstanden habe.), dass er glaube, dieser den Unterschied verstanden habe, wer Jugendhilfeträger sei, der da auch eine besondere Rolle spiele. Dies sei an der Stelle eben nicht das Land, sondern man selbst als Lahn-Dill-Kreis. Im Fall der Stadt Wetzlar, vielleicht die Stadt Wetzlar als Sonderstatusstadt. Daher kämen die schwierigen Konstrukte, wer bestelle, wer bezahle. Wer bestellen müsse, müsse auch bezahlen. Da müsse man sehr genau zwischen dem was die Landesregierung als Auftrag im Sinne von Schule und Bildung habe und dem was Jugendhilfetätigkeit als Auftrag habe trennen.

Erster Kreisbeigeordneter Esch ergänzt dazu, dass er an der Grundschule Niederbiel Herrn Prof. Lorz darauf angesprochen habe und dieser die Idee eigentlich vollkommen richtig fände, nicht das aktuelle Konstrukt. Es würde aber organisatorisch momentan nicht gehen, man müsse dafür Zeit haben. Von daher sah er sich nicht ganz unbestätigt. Herr. Prof. Lorz sei im Nachgang auf ihn zugekommen und habe auch gesagt, dass es prinzipiell eine andere Aufgabenverteilung sei. Es solle hier auch nicht zurückgehalten werden. Wovor er ein wenig Respekt habe, sei, wenn man die Reihen leer mache, schreibe man europaweit aus. Ob man dann bessere Ergebnisse erzielen werde, als mit den in der Region vorhandenen Trägern, wage er zu bezweifeln. Dies sei einfach ein Erfahrungswert. Man werde immer einen Träger bekommen. Da dies dann diese Betreiber seien, die man bekäme, könne er auch sagen welches Personal man dann bekäme. Ob dies dann für die Beschäftigten, für die Schulen, für die Kinder und die Eltern besser sei, das wage er ebenfalls zu bezweifeln, das sei dann die reine Lehre. Deshalb sage er, man müsse ein wenig vorsichtig damit umgehen und bittet um Verständnis dafür.

Vorsitzende Boch fragt an, ob es zu diesem Tagesordnungspunkt noch eine Frage gäbe. Dies ist nicht der Fall und teilt mit das dieser somit zur Kenntnis genommen sei.

Beschluss:

Dem Vorschlag der Weiterentwicklung der Ganzttagsschulen im Profil 1, 2 oder 3 (ohne Profiländerung) der/des

- Goldbachschule, Frohnhausen (Profil 1)
- Gesamtschule Solms (Profil 2)
- Johanneum Gymnasium, Herborn (Profil 2)
- Comenius-Schule, Herborn (Profil 2)
- Lahntalschule, Atzbach (Profil 2)
- Kirchbergschule, Herborn (Profil 3)
- Schule an der Brühlsbacher Warte, Wetzlar (Profil 3)

und des Profilwechsels in das Profil 2 der

- Holderbergschule, Eschenburg
- Carl-Kellner-Schule, Braunfels

wird gestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Bericht zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 3.

Neuaufnahme von Grundschulen in das Landesprogramm „Pakt für den Ganzttag“ Schuljahr
2024/2025
VL-14/2024

Vorsitzende Boch benennt den Inhalt von TOP 3 und informiert darüber, dass auch hier die entsprechende Drucksache vorläge. Sie fragt an, ob es dazu eine Wortmeldung gebe. Sie stellt fest, dass es keine Wortmeldung gibt und erklärt, dass man somit den TOP ebenfalls zur Kenntnis nehme und leitet zu TOP 4 über.

Beschluss:

Dem Vorschlag der Neuaufnahme in das Landesprogramm „**Pakt für den Ganzttag**“ für nachstehende Grundschulen/Grundstufen:

- Johann-Heinrich-Alsted-Schule
- Grundschule Naunheim
- Grundschule Sechshelden
- Fritz-Philippi-Schule
- Sayn-Wittgenstein-Schule

wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Bericht zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 4.

Verschiedenes

Vorsitzende Boch fragt nach ob es zum dem Punkt Verschiedenes noch etwas aus der Verwaltung oder dem Kreisausschuss zu berichten gäbe.

Erster Kreisbeigeordneter Esch verneint dies.

Vorsitzende Boch bedankt sich recht herzlich auch für die Unterstützung und schließt die Sitzung um 17:21 Uhr.

Wetzlar, 13.03.2024

gez.

Dunja Boch
Vorsitzende

Sandra Crass
Schriftführerin